

Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition, Fürststraße 4/6, Ratihlasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Reichsmark + 8 Pfennig Erdrerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Erdrerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: 30 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereinsk., Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Postfachkonto: Breslau 5552. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur jurädigelt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 9. Juni 1932

Nr. 133

Regierung Papen zwingt Preußen zur Schlachtsteuer

Weil das Reich die Finanzabreden nicht einhält, ist Preußen gezwungen, seinen Etat auf andere Weise auszugleichen — Deshalb Notverordnung der preußischen Regierung — Alles nur zum Zweck der Abwehr vor Eingriffen der Hitler-Barone in Preußen — Das Reich ist unfähig, Preußen seine ihm zustehenden Hundert Millionen zu zahlen

Die preußische Regierung hat am Mittwoch abend die angekündigte Notverordnung erlassen, durch die der preußische Etat für 1932/33 ausgeglichen und die Zahlungsfähigkeit Preußens gesichert wird. Vor allem ist die Gefahr beseitigt, daß Preußen schon in nächster Zeit seinen Beamten die Gehälter nicht zahlen kann, und zwar, wenn nicht Erleichterungen allgemeiner Art, z. B. von der Reichspolizei her, eintreten, ist die Gefahr für die Dauer des laufenden Rechnungsjahres ausgeschlossen. Der Notverordnung ist die Wichtigkeit genommen, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen und die preußischen Machtmittel, vor allem der Polizei, zu beschlagnahmen. Das ist eine Tatsache von weittragender politischer Bedeutung und auch die durch die neue Notverordnung getroffene Regelung mülte in Würdigung der Zusammenhänge zwischen der preußischen Notverordnung und den Dingen, die im Augenblick im Reich vor sich gehen, die Einsicht aufbringen, daß der Reichskommissar Preußen zu noch größeren Härten gezwungen hätte.

Anders sehen sich die Notverordnungsmaßnahmen an sich an. Die vorgesehene Regelung auf dem Gebiet der Mieten ist einfach untragbar und muß sobald wie möglich wieder verschwinden. Die Gehaltseinbehaltung muß beseitigt werden, sobald stabile Finanzverhältnisse in Preußen wieder eine finanzielle Neuordnung ermöglichen. Während dieser Zeit müssen für das einbehaltende Gehalt ohne Zweifel Zinsen gezahlt werden; denn der preußische Staat nimmt ja eine Zwangsanleihe bei seinen Beamten auf. Die Schlachtsteuer ist und bleibt eine unsoziale Steuer, woran nichts ändert, daß Bayern sie seit langem hat, die Rechtsregierung in Sachsen einführt und die deutschnational-nationalsozialistische Regierung in Mecklenburg dabei ist, sie für Mecklenburg notzuverordnen.

Die Adelsregierung v. Papen hat Preußen durch die Finanzpleite zu der vorliegenden Notverordnung gezwungen. Es hieß für die preußische Regierung Notverordnung oder Preußen der Adels-Clique und der Nationalsozialisten auszuliefern.

Die Dinge haben sich wie folgt gestaltet: Der preußische Etat für 1932/33 zeigte eine Mindereinnahme von 478,6 Millionen Mark. Davon wurden 207,2 Millionen Mark durch Streichung an den Personalausgaben, also durch Kürzung der Gehälter und Löhne, eingespart und 169,4 Millionen durch sachliche Einsparungen. Zwei Millionen erbrachten die Erhöhung der Notariatsgebühren. Damit wurde das Defizit von 478,6 Millionen bis zu 378,6 Millionen gedeckt. Es verblieb ein Rest von 100 Millionen Mark. Diese 100 Millionen Mark sollte das Reich an Preußen zahlen. Preußen tritt dafür seine Anteile an der Siebzehngewalt an das Reich ab.

Das Reich hat den Anspruch Preußens auf diese 100 Millionen Mark anerkannt und erkennt sie heute noch an. Das Reich hat die 100 Millionen Mark, die es an Preußen zu zahlen hat, wohl etatifiziert, sie im Reichshaushalt klar eingeseht, mußte aber erklären, daß es diese 100 Millionen nicht zahlen kann. Preußen stand so notgedrungen vor der Wahl, seine Zahlungen einzustellen und Preußen dem Reichskommissar, d. h. der Adels-Clique auszuliefern oder notzuverordnen. Preußen entschied sich in dieser äußerst kritischen Situation gegen die Auslieferung Preußens.

Die Deckung des Defizits ist wie folgt vorgezogen:

a) Auf dem Gebiete der Hauszinssteuer wird das bisherige System der Stundung durch ein System der Mietsbeiträgen abgelöst. Aus der Hauszinssteuer erwartet Preußen 540 Millionen Mark. Bei dem bisherigen System der Hauszinssteuerantestundungen wäre diese Summe nicht aufgekommene. Das Aufkommen der erwählten 540 Millionen wird dadurch hergestellt, daß die Stundungen auf 160 Millionen Mark festgelegt werden. Diese 160 Millionen werden Hilfs-

gemeindevoränden übergeben. In der Stundung selbst tritt folgende Änderung ein:

Bisher waren Stundungen des Hauszinssteueranteils möglich bei einem Einkommen von jährlich 1200 Mark. Nach der neuen Regelung kommen nur solche Familien bzw. Personen in den Genuss dieser Stundungen, die ein Recht auf die Wohnjahrsverweilbescheinigung haben, also solche Personen, die ein Einkommen von 200 bis 300 Mark pro Jahr beziehen. Der Satz schwankt nach den einzelnen lokalen Verhältnissen. Diese Regelung gilt nicht für Eigenheimen; denn z. B. eine Sozialrentnerin, die ein Besitztum hat, wird von dieser Regelung nicht betroffen, auch dann nicht, wenn sie einen Mieter in ihrem Hause hat.

b) Die Schlachtsteuer. Die Schlachtsteuer ist nach bayerischem Muster ausgebaut. Sie ist nicht so hart wie die Steuer in Sachsen, und nicht so hart, wie sie die deutschnational-nationalsozialistische Regierung in Mecklenburg einführen gedenkt. Für Schweine, die

Bismarck belehrt Papen

Unterricht über Staatssozialismus

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen . . . abwehren zu können.

von Papens Regierungserklärung 4. Juni 1932.

Hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mit den Worten „praktisches Christentum“ einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an sich und für sich . . .

Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne eine solche können wir überhaupt nicht wirtschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus . . .

War nicht z. B. die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung gloriose Angelegenheit, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage niemand mehr zweifeln wird, staatssozialistisch?

Gibt es einen härteren Staatssozialismus, als wenn das Gesetz erklärt, ich nehme dem Grundbesitzer einen bestimmten Teil des Grundbesitzes weg und gebe denselben an den Pächter, den er bisher darauf gehabt hat, und zwar nicht nach Maßgabe des Bedürfnisses dieses Pächters, wie es beispielsweise in Rußland geschehen ist, sondern nach Maßgabe der Größe des Pachtobjektes, wie es früher bestanden hat?

Wer den Staatssozialismus verwirft, muß auch die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staat das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Aktivität hindert, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen.

Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet; ich tue aus eigenem Antrieb meine Pflicht, ich halte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, solange ich hier das Wort nehmen kann. (Bravol rechts.)

Der Herr Abgeordnete (Bamberger) hat es als etwas ganz Neues bezeichnet, daß wir ein sozialistisches Element in die Gesetzgebung einführen wollten. Ich habe schon vorher bemerkt, daß das sozialistische Element nichts Neues ist, und der Staat gar nicht ohne einen gewissen Sozialismus bestehen kann . . .

(Reichskanzler Otto von Bismarck im Reichstage 15. März, 1864.)

in Preußen 70 Prozent ausmachen, beträgt die Schlachtsteuer bei Haushaltungen 2 Mark. Es ist aber damit zu rechnen, daß diese Steuer bei Haushaltungen durch eine Verordnung wegfällt. Im übrigen ist der Tarif wie folgt gestellt:

Bis zu 30 Kilogramm wird keine Steuer erhoben. Von 30 bis 75 Kilogramm 5 Mark. Von 75 bis 125 Kilogramm 8 Mark, und über 125 Kilogramm 10 Mark.

c) Die Gehaltseinbehaltung. Die Regelung sieht vor, daß ganz allgemein vom Gehalt der Beamten 2,5 Prozent und vom Gehalt der ledigen und kinderlosen Beamten 5 Prozent einbehalten werden. Es wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß es sich hierbei nicht um eine Gehaltskürzung, sondern nur um eine Einbehaltung, gewissermaßen um eine Zwangsanleihe bzw. Zwangssparkasse handelt. Die Schupo bleibt auch diesmal von der Maßnahme verschont. Dagegen werden die Gemeinden verpflichtet worden, eine ähnliche Maßnahme vorzunehmen. Der Anspruch der Beamten auf die Summe, die einbehalten worden ist, bleibt unberührt und muß im Jahre 1937 nachbezahlt werden. Tritt ein Todesfall ein, dann ist die Summe sofort nachzuzahlen. Scheidet ein Beamter vor fünf Jahren aus dem Dienst aus, dann gilt dasselbe. Um eine Spekulationsbewertung dieser Summe zu vermeiden, ist eine Übertragbarkeit ausgeschlossen.

d) Der Rest des Defizits, der sich durch Verzögerung der Reichsüberweisungen und Verzögerung des Aufkommens bei der preußischen Grundbesitzsteuer noch um 50 Millionen Mark erhöht, wird durch jährliche Kürzungen gedeckt.

Zu der Notverordnung erklärte Finanzminister Dr. Klepper am Mittwoch abend, der oberste Grundgedanke bei der Regelung der Gemeindefinanzen sei, die Währung nicht zu gefährden. Staatsausgaben müßten immer wieder durch echte Einnahmen gedeckt werden. Eine Regierung, die verantwortungslos sei, könne nicht anders handeln. Mit der Inflation läme man nicht weiter. Dieser Grundgedanke sei auch politisch richtig und aus Gesichtspunkten der Währungserhaltung sei auch die vorliegende Notverordnung geboren worden.

Durch die Notverordnung sei vor allem die Kassenlage für die Dauer des Etatsjahres unter allen Umständen gesichert. Die preußische Regelung sei nur ein Teilausschnitt aus dem ganzen Programm. Aber es sei wichtig, daß Preußen dem die Reichsregierung in einer Erklärung vom Sonnabend die pessimistische Prognose gestellt habe — die Regierung von Papen sprach in ihrer Erklärung von zerrütteten Grundlagen der preußischen Finanzen — zuerst zu einer Lösung gekommen sei. Einen größeren wirtschaftlichschädigenden Einfluß erwartete der Minister von der Schlachtsteuer nicht. Die Beispiele in Sachsen und Bayern hätten gezeigt, daß die Fleischpreise nicht jährlieh durch die Schlachtsteuer beeinflusst würden. Auf dem Gebiet der Mieten in Preußen, ohne die Währung zu gefährden, alles, was getan werden könne.

Preußen verwahrt sich gegen Papens Heberzoll

Papen verspricht Besserung

Amlich wird mitgeteilt:

Als Vertreter des beurlaubten Ministerpräsidenten Dr. Braun hat am 7. Juni Staatsminister Dr. Hirtliefner in der in der Reichskanzlei abgehaltenen Besprechung dem Reichskanzler von Papen gegenüber bereits Verwahrung dagegen eingelegt, daß er sich direkt mit seinem den Zeitpunkt der Einberufung des Preußischen Landtages betreffenden Schreiben an den Präsidenten des Preußischen Landtages gewandt hat. Der Reichskanzler hat ihm daraufhin bestätigt, daß in Zukunft das übliche Verfahren gewählt werde, d. h. daß von Reichsregierung zu preußischer Staatsregierung direkt verhandelt werden würde. Staatsminister Dr. Hirtliefner hat seine dem Herrn Reichskanzler mündlich gegenüber zum Ausdruck gebrachte Auffassung noch einmal in einem Schreiben am 8. Juni bestätigt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft der vom Herrn Reichskanzler selbst angegebene übliche Weg eingehalten werde.

Ist das auch so gemeint?

Auf eine Anfrage ließ die Reichsregierung am Mittwoch erklären, daß sie nicht auf die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen zuzukommen. Vielmehr bemühe sie sich, das Zustandekommen einer Regierung auf normalem Weg zu fördern.

München, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu den dualen Vätern der Papenheimer im Scheitern auf Einsetzung eines Staatskommissars in Preußen: „Es hieß das Verhältnis zwischen Reich und Preußen und damit die verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern überhaupt durch einen Staatskrieg von oben nach unten aufzulösen. Ein derartiger Eingriff in die praktischen Rechte des größten deutschen Landes von Seiten des Reiches würde eine Zerschlagung der inneren Struktur der Reichsverfassung bedeuten, was kein Reichsregierung und kein Reichspräsident bejagt hat. Die Neuordnung einer parlamentarischen Regierung in den Ländern ist überall Sache der Volks-

Hitlers Saat

Deutschland wieder preußisch?

„Preußen muß wieder preußisch werden“ — das war der Schlußsatz, mit dem die Braunen Häuser und ihre Zuflüsse in den preußischen Wahlkampf zogen und das Volk benebelten. Zur Verherrlichung wurde gleich der Alte Fritz mit einem Kränzel an den Nacktflügeln gesetzt und in den Versammlungen ein Enkel Kwui. Mit ihm nahmen über die gutgläubigen und vergessenen Kaziwähler die Parade ab: Generale, Grafen, Könige, Junker, Femehelden, Hauptmänner, Leutnants, Feldmarschälle und der ganze Troß jener Führer der „Arbeiter“-Partei, die dem heutigen Kabinet der Barone das Bett bereitet und in Zukunft dafür zu sorgen haben, daß die Herren nicht gestört werden. Preußen wird wieder preußisch und mit ihm das ganze deutsche Vaterland.

Kein Wunder, wenn alles jubelt, was im November bei Nacht und Nebel mit oder ohne blaue Brille über die Ereignisse gestochen oder in die Maulsöffel getrocknet war, in Angst und Entsetzen vor den Folgen ihrer hundsjährigen unumkehrten Herrschaft und Volksbeglückung. Kein Haushalt in Preußen, der damals noch einen kupfernen Messingfußel besaß; eine Türle, die noch einen Messinggriff, keine Lokomotive, die ein Kupferrohr hatte, keine Schublade, in der sich noch ein kleiner Brot befand. Selbst die Toten hatten den Segen in diesem preußischen Glanz und Gloria zu empfinden, denn die Kriegsnotverordnung durften sie nicht in Leinen, sondern Papierhemden in die Waschküche ziehen. So herrlich war es im großen, mächtigen, reichen und geordneten Reich“, das nach dem Hitler die „Novemberverbrecher“ gestohlen hatten. Die Herren sahen nicht rückwärts, hatten keine Zeit „Rache“ zu schreiben, sondern sie trespelten die Arme auf, blästen in die Zukunft, um sie dem Chaos und dem Trümmerhaufen wieder ein Haus zu bauen, in dem sich wohnen ließ. Gesundheit und Kraft des Volkes, waren der Leistikopf der demokratischen Volksmeinungen. Kein Dorf, in dem heute nicht ein Sportplatz für dieses Werk zugehen würde. Wie Bälge schossen die neuen, nach dem besten und kühnsten Prinzipien ausgebauten und geleitetten Schulen und Erziehungsanstalten aus der Erde. Der 21. und 22. September wurde zum Arbeitsprinzip, Erholungsheime und Heilanstalten für Jugend und Alter, Ausbau der Sozialversicherung, Schutz dem Schwachen und Arbeitslosen gegen die unverschuldeten Opfer und die Uebermächtigen des Kapitals, politische Freiheit bis zum Eggel; das waren die Werke der Novemberlinge, mit denen die Wunden des Krieges geheilt und die Arbeitskraft des Volkes wieder hergestellt werden konnte.

Augenpolitisch ligt dieses im November 1918 militärisch vollkommen zusammengebrochene und von seinen Führern Not und Elend gelassene Deutschland heute wieder gleichberechtigt im Rate der Völker. Gehäht und versenkt und in einer ganzen feindlichen Welt isoliert und in Ketten gelassen, hat dieses neue Deutschland seinen Weg angetreten, selbst mit ungeheuren Reparationen, auf Schritt und Treitt der Weg zu übermächtigen Staaten und Völkern. Kaum ein Jahr waren verstrichen, und der deutsche Boden war wieder frei von jedem ausländischen Soldaten, und von Jahr zu Jahr verringerten sich die Geldansprüche seiner ehemaligen Gegner. Wirtschaftlich war dieses Deutschland heute nach sechsen Jahren zum stärksten und modernsten und produktivsten Europas geworden, der der amerikanischen Konkurrenz standhielt und dessen Privatunternehmer Kredite in der Höhe erhalten hatten. Auf allen Meeren fuhr wieder deutsche Schiffe, und die von der Körperlichen und geistigen neugeborenen deutschen Arbeiter- und Angestelltenenschaft erzeugten Industrieprodukte und Waren fanden wieder Absatz in den entferntesten Teile der Erde. Das war das große Ergebnis vor November 1918.

Die Krise kam. Unter ihren Schlägen brach Land um Land, Staat um Staat zusammen. Alle Goldschätze der Erde konnten nicht hindern, daß selbst in den Vereinigten Staaten ein Jahr nach dem andern, eine Mammutohne nach der anderen zum Niesen kam. Zwölf Millionen arbeitsloser Menschen mit ihren Familien sind in diesem Lande, das noch vor drei — vier Jahren ein Paradiese glück. Hunderttausende von verzweifelte Menschen wandern dort über die Wüstentrassen, hängen unter den Dampfbahnen. Nach Zehntausenden zählen die organisierten Verbrecher, Rinderaub und Erpressung sind an der Tagesordnung, und wenn auch die Presse schweigt, so berichten sie die herüberkommenden Augenzeugen, daß in New York, in Chicago, in Philadelphia und überall täglich zu sehen ist, wie Menschen in den Straßen umfallen und Hungers sterben.

Deutschland leidet nicht minder Not. Die soziale Gesetzgebung der „Novemberverbrecher“ verstand es jedoch, bisher einen Ausgleich zu schaffen, der trotz aller erschöpflichen Einschränkungen und Verlusten das Neuberste verhinderte hat. Wenn auch die Sozialdemokratie nicht in der Regierung saß und Schlimmes tolerierte, um Schlimmes zu verhindern, so die Dauer wären sozialistische Maßnahmen nicht zu umgehen gewesen, sollten nicht Volk und Staat und Wirtschaft vollends zusammenbrechen.

In dieser Stunde wird Deutschland wieder preußisch. In jeder Stunde trägt die Saat der „Arbeiter“-Partei des böhmischen Reiches Hitlers ihre Früchte. Mit Recht kann die Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Sozialdemokratie, hervordringen und triumphierend sagen: „Es hat lange in Deutschland eine so repräsentative Regierung nicht mehr gegeben“, die die Kaziblätter fügen hinzu: „Es ist selbstverständlich, daß die Männer die Achtung jedes Deutschen verdienen“. Zumindest verdienen sie die Achtung der Hitler, Goebbels, Kitzinger, Kwui, Generali Rißmann, Graf Helldorf, Hauptmanns Röh und wie sie alle heißen. Das Verbot und die Auflösung des Reichstages ist von ihnen für die Ehe mit der Schleiererei zu brachte erste Hochzeitgabe. Alle Junker und Schlichtbären, alle Land- und der Schweradel bis hinunter zu den Siebenstädigen, alle fingen Hymnen und die Gesänge wurden sich bald besetzt, daß die Braunen nicht mehr groß genug sind, den Segen zu lassen und die Ernte unterzubringen. Der Arbeit die Ehre zu geben ohne Preis!

Deutschland wieder preußisch! Sie kommen wieder, alle alle, die sich im November 1918 verzeigten hatten. Die alten Schwärzer wieder und was Heinrich v. Treitschke, Geheimratssekretär der Hohenzollern über die Junker von 1866

schrrieb, das wird sich wiederum vor unseren Augen vollziehen, daß sich: „wie ein Geschmeiß hungeriger Fliegen, Preußens hoher Adel auf das aus allen Wunden blutende Vaterland stürzt.“

„Mit Gott“, heißt es auf der ersten Seite aller Kontokorrent- und Kassennbücher. Gegen die Gottlosen; für Religion und Christentum, gegen den Marxismus so steht es auch auf der ersten Seite des neuen Buches, das

das Kabinet der Junker und Schwerindustriellen

Infame Lüge eines belgischen Heftblattes

Die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie unverändert

Das Brüsseler Heftblatt, die „Nation Belge“ hat sich von ihrem angeblichen Berliner Vertreter melden lassen, daß die deutsche Sozialdemokratie den Gläubigerstaaten nahegelegt habe, einem Deutschland, an dessen Seite ein reaktionäres Kabinet stehe, keinerlei Zugeständnisse zu machen.

Diese Behauptung ist eine infame Lüge. Die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Schritt getan, den auch die größte Rossmüllerei im Sinne der Mitteilung des Brüsseler Blattes auslegen könnte. Aber schon weil wir überzeugt sind, daß angesichts der Skrupellosigkeit unserer Gegner diese Verleumdung im Wahlkampf weiterwuchern wird, möchten wir sehr gern wissen, auf welche Quellen sie zurückzuführen ist. Selbst wenn der Berliner Vertreter der „Nation Belge“ tatsächlich existieren sollte, könnte sie nicht auf seinem eigenen Mißgeschick beruhen. Irrendwelche Persönlichkeiten oder irgendwelche Kreise, die ein Interesse daran haben, die Sozialdemokratie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, müssen die Urheber der Lüge sein. Doch auch wenn es nicht gelingen sollte, die „Brunnenvergifter“ zu fassen und zur Verantwortung zu ziehen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß alle diejenigen, die noch ein Gefühl für politischen Anstand besitzen, in der Beurteilung dieser Mächelungen mit uns einig sind.

Die Sozialdemokratie wird, was ihre auswärtige Politik anbelangt, unter der Regierung Paven auf demselben Standpunkt beharren, den sie unter der Regierung Brüning eingenommen hat. Sie wird nach wie vor der Ueberzeugung Ausdruck geben und ihr Geltung zu verschaffen suchen, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen kann. Wir werden ferner auch erklären, daß die Streichung aller internationalen politischen Schulden der gesamten Welt und ihrer Wirtschaft dienen würde. Wir fordern heute wie bisher die Abstrichung, wir fordern eine internationale Verständigung über die Probleme der Handelspolitik und der Wirtschaft. Wir werden nicht müde werden, insbesondere um Verständnis für die deutsche Not zu werben und dem Ausland klar zu machen, daß es gegenüber dieser Not zu nichts führt, wenn man sich immer aufs neue, wie es eben erst wieder der französische Ministerpräsident Herriot getan hat, auf das formale Recht und die Heiligkeit der Verträge beruft. Wir stellen die Rückficht

für das deutsche Volk und für die Arbeitslosen zu schreiben begonnen hat. Mit Hitler, und Hitler mit uns, wäre ehlicher gewesen! So kann das Werk beginnen und Deutschland wieder preußisch werden! Wenn die nationalsozialistischen Blätter Siebungspläne bereits als Volkswissenschaft betrachten, dann sagt das, wohin der Kurs geht“, schreiben die „Volkskonservativen Stimmen“. Wir wissen wohin der Kurs geht und wir wissen aber auch, daß Deutschland sehr bald erwachen wird.

auf das deutsche Volk und namentlich auf die deutsche Arbeiterklasse nicht hinter parteipolitische Ermüdungen zurück, und das umso weniger, als wir wissen, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Lage und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit am ehesten geeignet wären, die Grundlagen zu erschüttern, auf denen jene Bewegung, als deren Nutznieher das Kabinet der Barone zu betrachten ist, entstanden ist.

Eine andere Frage ist natürlich, ob die Regierung des Herrn von Paven in ihren Verhandlungen mit dem Ausland die Zugeständnisse erlangen kann, deren Deutschland bedarf. Einseitigen wird ihr in keinem Lande Vertrauen entgegengebracht. Die einen wollen abwarten, die anderen zweifeln, und an vielen Stellen steht die deutsche Schleiererei auf offenes Mißtrauen. Die Aufnahme des neuen Kabinetts auf das Schulkonto der deutschen Sozialdemokratie setzen zu wollen, wäre lächerlich. Die Art, wie Brüning gestürzt worden ist, die Zusammenlegung des Kabinetts der Pappenheimer, die einseitige Tolerierung durch die Nationalsozialisten, der Inhalt des Regierungsprogramms, das Vorgehen gegen Preußen — das alles erklärt zur Genüge die Bedenkenlichkeiten, mit den man im Ausland dem neuen „System“ gegenübersteht.

Natürlich nimmt die deutsche Rechtspresse diese Lügen auf Die katastrophale Stimmung des gesamten Auslandes gegenüber dem Kabinet der Hillerbarone hat die Rechtspresse wild gemacht. Sie versucht, ihre Wut an der Sozialdemokratie auszulassen. Sie versucht bei ihren Lesern den Eindruck zu erwecken, als ob die deutschen Sozialdemokraten das Ausland gegen Deutschland aufhätten. So möchte die „Börsezeitung“ Breitscheid als dem Gemäßigtesten des Berliner Kabinetts Vertreter hingestellt, der vor kurzem im Anschluß an Gerüchte über einen möglichen Rücktritt Hindenburgs gemeldet hat, daß die Kreise, die gegenwärtig die deutsche Politik beherrschten, eine entschieden monarchische Tendenz hätten, daß aber noch niemand wisse, auf welchem Umwege der Thron der Hohenzollern wieder hergestellt werden könne. Der „Vorwärts“ stellt hierzu fest, daß Breitscheid seit etwa Jahresfrist mit dem Berliner Kabinet als Vertreter im ganzen nur zweimal flüchtig gesprochen hat, das letzte Mal vor drei Monaten.

Hitler hat gelogen

Durch eine amtliche Erklärung der braunschweigischen Regierung der Lüge überführt

Braunschweig, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Hitler ist wieder einmal der Lüge überführt. Als ihn seinerzeit die republikanische Presse wegen seiner Behauptung, daß die SA „unter dem Druck Frankreichs“ verboten worden sei, anprangerte, ließ er nicht nur die ihm unterstellte Behauptung wider besseres Wissen dementieren, sondern zugleich auch ankündigen, daß er wegen des Vorwurfs gegen sich als Beamter des braunschweigischen Staates ein Disziplinarverfahren habe einleiten lassen. Auf eine Anfrage im Braunschweigischen Landtag über den Stand des Verfahrens hat die braunschweigische Regierung am Mittwoch mitgeteilt, daß gegen Hitler niemals ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. In der Anfrage wird zugleich bestätigt, daß Hitler noch in braunschweigischen Diensten steht. Er bezieht also schon seit Monaten ohne jede Gegenleistung das Gehalt eines Regierungsrates.

Höring und das Reichsbanner

Ein tragisches Ende Die Bundespressstelle des Reichsbanners Schwarzrotgold teilt mit: Am 8. Juni 1932 wurde auf einer Tagung des Bundesverbandes und des Bundesrates in Berlin einstimmig beschlossen, gegen den früheren 1. Bundesvorsitzenden Oberpräsidenten Dr. Otto Höring und drei andere Bundesmitglieder das Ausschließungsverfahren einzuleiten. Die Aussprüche über die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben des Reichsbanners ergaben völlige Uebereinstimmung der Bundesvertreter aus allen Gauen des Reiches mit dem Bundesvorstand. Einstimmig wurde dem Kameraden Karl Höllermann für die in den vergangenen Monaten geleistete Arbeit der Dank ausgesprochen und für die bevorstehenden Kämpfe uneingeschränktes Vertrauen zugesichert. Zum Vertreter Höllermanns wurde der Reichstagsabgeordnete Gustav Ferl, Magdeburg, gewählt.

Wiedereröffnung des Kartells der Linken in Frankreich

Paris, 8. Juni. (Eig. Drahtber.) Die politische Bedeutung des Sieges, den die Regierung Herriot in der Kammer errungen hat, liegt vor allem darin, daß die Mehrheit, die der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen hat, eine reine Linksmehrheit mit Einschluß der Sozialisten ist. Das Wahlverständnis, das die Radikalen mit den Sozialisten für den zweiten Wahlgang geschlossen hatten, wird also vorläufig auf parlamentarischen Gebiete fortgesetzt. Das Zusammengehen der Sozialisten mit den Radikalen kam schon vor der Abstimmung dadurch zum Ausdruck, daß beide Fraktionen sich über eine gemeinsame Tagesordnung einigten. Diese Wiedereröffnung des Kartells und die Abschaffung eines unbestimmten geheimen Erklärungens Herriots über das Abstützungsprogramm haben Lardieu, den größten Teil der Linkenrepublikaner sowie die Nationalisten der Fraktion Marx und der neugegründeten Gruppe Fernot veranlaßt, gegen die Regierung

zu stimmen, während andere Linkenrepublikaner und die meisten Mitglieder der übrigen rechten Mittelparteien sich der Stimme enthalten haben. Im Grunde genommen ist aber der Bruch zwischen der Regierung und den „Gemäßigten“ bereits vollzogen. Wenn ein Teil der Gemäßigten sich nicht sofort gegen die Regierung ausgesprochen hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß sie die Regierung nicht nach ihrer Erklärung, sondern nach ihren Taten beurteilen wollen. Bei der Durchführung des innerpolitischen und finanziellen Programms der Regierung dürfte der Bruch offen zu Tage treten. Die radikale Regierung ist also mindestens vorläufig deutlich nach links orientiert und wird daher mit der lokalen Unterstützung der Sozialisten rechnen können. Eine andere Frage ist, wie lange dieser Zustand andauern wird. Allgemein herrscht die Ansicht vor daß sich die Regierung bis zum Beginn der Sommerferien ohne Schwierigkeiten behaupten wird und die Entscheidung über die endgültige Orientierung der Regierungspolitik erst im Herbst fallen wird.

Standalöses Parteiturteil in Braunschweig

Braunschweig, 8. Juni. (Eig. Drahtber.) Das Amtsgericht Braunschweig verurteilte einen Jungbannermann, der im Verlauf einer Straßentrüffel mit provozierenden Nazi-Schülern einem der Knovds das Mählenband abgerissen hatte, zu einem Jahr Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte auf Antrag eines nationalsozialistischen Staatsanwalts wegen „Straßenraubes“. Das ungeheuerliche Urteil steht im trassen Gegensatz zu der Behandlung der braunschweigischen Nazis, von denen bisher kein einziger abgeurteilt wurde, obwohl sie drei Tote und zahlreiche Schwerverletzte auf dem Gewissen haben.

Macdonald trifft Herriot

Paris, 9. Juni. (Eig. Funkbericht.) Macdonald und Sir John Simon werden am Sonntagabend Nachmittag in Paris eintreffen und am gleichen Tage am folgenden Tage mit Herriot Unterredungen über die Genfer und die Lausanner Konferenzen haben. Die Einladung zu diesem Zusammenreffen ist von Herriot ausgegangen und von Macdonald am Mittwoch aufkommend beantwortet worden. Am Montag Vormittag reifen die beiden englischen Minister nach Genf weiter. Wahrscheinlich wird Herriot mit dem gleichen Zuge nach Genf fahren. Die radikale Zeitung „Deuxre“ schreibt zu dieser Zusammenkunft: „Ohne Zweifel muß man in diesem günstigen Ergebnis eine der unmittelbaren Folgen eines bescheidenen Politikerkrisis, die die Gewähr überträgt und entwirft hat. Diese Uebertreibung und Enttäuschung haben wir gleich an dem Tage angelehrt, an dem Hindenburg — ähnlich wie Wilhelm II. mit seinen Kanzlern verfuhr — Brüning ohne weiteren Prozess verabschiedete und durch Herr v. Paven ersetzte. Mac hat in London der Ansicht sein müssen, daß die Einigung am besten dem Foreign Office und der Wilhelmstraße, wenn eine solche schon bestanden hat für das Deutsche Kabinet nötig war, aber nicht mehr für das Deutschland v. Paven und noch weniger für das Deutschland, das die vollkommene Berücksichtigung der parlamentarischen Regeln voraussetzen glaubt.“

Familien-Anzeigen

Gesamtverband, Abteilung Straßenbahn
Am Sonntag, den 5. Juni 1932, verstarb unser
weiter Kollege, der Schlosser

Paul Klose

im Alter von 49 Jahren. 1794
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau.
Einsäherung: Freitag, den 10. Juni, nachmittags
5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Am 5. Juni 1932 verstarb unser weiter Kollege,
der Schlosser

Paul Klose

im Alter von 49 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Freiw. Beordigungsbeihilfe des
Fabr.- u. techn. Personals der Stadt. Straßenbahn
Einsäherung: Freitag, den 10. Juni, nachmittags
5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 1795

Am 6. Juni verschied nach langem, schwerem
Leiden unser wertiges Mitglied

Frau Helene Adler

im Alter von 49 Jahren. 6427
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Schärpenkasse
der Städtischen Wasserwerke.
Einsäherung: Freitag, den 10. Juni, nachmittags
2 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

GEBLIRTS-
VERLOBLINGS-
HOCHZEITS-
TODES-
ANZEIGEN

liefert schnell die

Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 16.

Pfänder-Versteigerung.

Am 23. Juni 1932, vormittags von 9 Uhr ab,
findet in unserem Versteigerungsraum

Besliner Platz 2

die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten
Pfänder, rote Scheine bis Nr. 85 000
(Gold-, Silberfachen, Brillanten, Schreibmaschinen,
Photoapparate etc.) statt.

Wichungscaution Rm. 10.— Verlängerungen
von zu Versteigerungen fälligen Pfändern erfolgen
an den beiden letzten Tagen vor der Versteigerung
nicht. — Ueberzussige aus den versteigerten Pfand-
gegenständen können innerhalb eines Jahres im
Bauhhaus, am Ring 9/11, Zimmer 803, abgeholt
werden, anderenfalls diese in das Eigentum der
Stadtgemeinde übergehen.

Breslau, den 8. Juni 1932. 1791

Gemeinnütziges Pfandleihhaus
der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

Uhren u. Goldwaren

Spezialität 1753

Fugenlose Trauringe

Paul Alter Kupferschmiede-
straße 17
Reben Hutchkleid.

Bettfedern

laufen Vertrauenssache streng reell u.
preiswert in
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden! 5651

Die große Funkillustrierte
für das schaffende Volk:

VOLKSFUNK

Reich illustrierter Textteil,
mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK

Erscheint wöchentl., 48 Seiten
stark, im Kupfertiefdruck

VOLKSFUNK

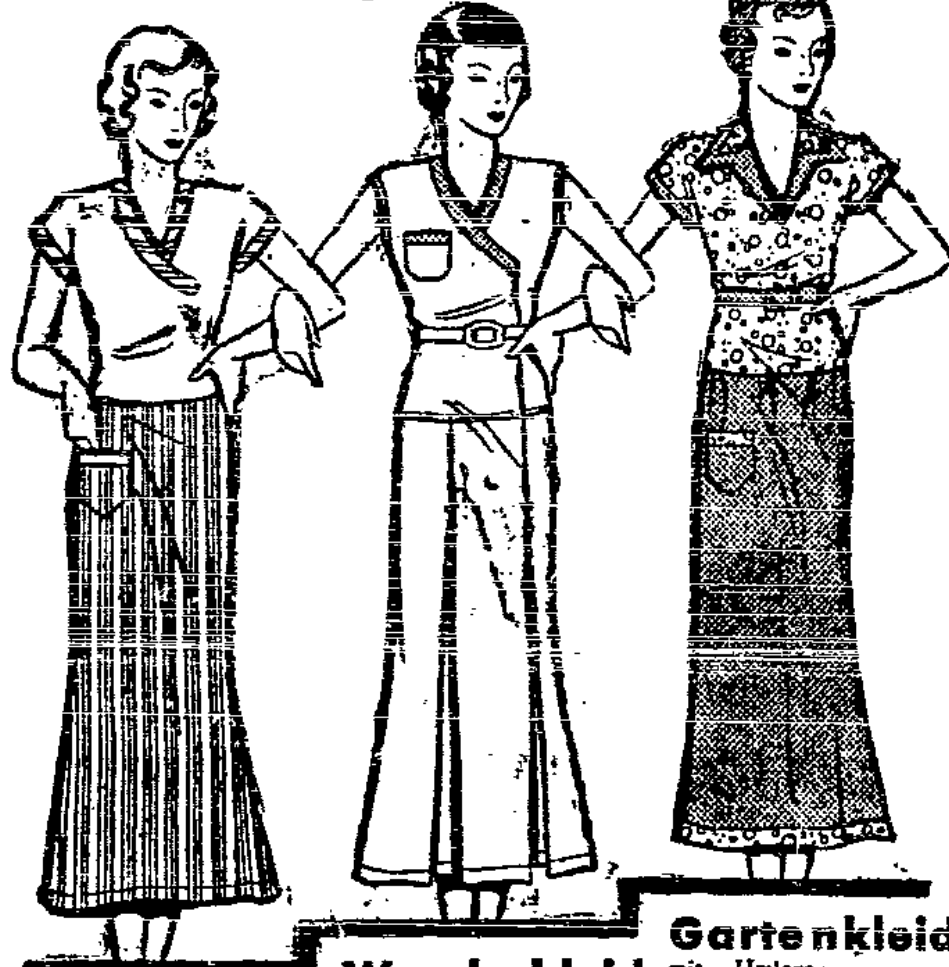
Einzelnummer 25 Pf., monatl.
96 Pf. einschließl. Bestellgeld

Bestellungen bei den Zeitungsträgern

**Hammerschläge
der Verbilligung**

**Jetzt
Gartenkleider
und Hauskittel!**

Eine Extra-Anstrengung, eine Extra-Leistung —
die uns sicher wieder eine Extra-Anerkennung
durch die Breslauer Damen bringen wird. — Ver-
kauf auf Extra-Tischen im Parterre und in der
Schürzen-Abteilung II. Stock.



Gartenkleid
aus gutem,
waschehem
Beiderwand, mit
karem Arm
und Tasche
175

Wanderkleid
feinfarbiger
Panama, rei-
zende Form,
tief eingelegte
Rockfalten
245

Gartenkleid
mit Umlege-
kragen, aus
indanthren-
farbig. Stoffen,
neue Muster
295



Hauskittel
moderne Wickel-
form ohne Arm,
guter eifar-
biger Zeppel mit
farbiger Paspel
145

Hauskittel
mit bunter
Blendengar-
nitur, moderne
Wickelform, zum
Strapazieren
195

Damenkleid
zum Ausstechen,
auf gutem Nes-
sel, in Kreuz- oder
Spansstich,
gezeichnet
168

Ein Posten Hauskittel!

Nur solide Stoffe, nur erstklassige Verarbeitung und vollwertig geschnitten. Und die Preise
würden billig, daß Sie sich selbst von den kräftigen Qualitäten überzeugen müssen.

Serie I **98 Pf.** Serie II **1⁰⁰** Serie III **2⁰⁰**
Auf Extra-Tischen im Parterre

TIEF
Ohlauer Straße

Schallplatten billiger

der renommierten Marken

„Electrola“ statt RM 2.90 nur RM 2.
„Odeon“ statt RM 4.25 nur RM 4.
„Grammophon“ statt RM 2.80 nur RM 2.
„Grammophon“, braun statt RM 1.80 nur RM 1.
„Gloria“ statt RM 1.80 nur RM 1.
„Columbia“ statt RM 4.25 nur RM 2.
„Brunswick“ statt RM 2.90 nur RM 2.

Sie finden stets eine unübertroffene Auswahl!

FELIX KAYSE

Ring, Am Rathaus 25

Koffer-Apparate v. billi

Marken bis zu den besten Ausführungen

**Die glücklichen
8 Tage**



DEIN WEGWEISER IN DEN URLAU

**DIETZ-ARBEITER-REISE
UND WANDERFÜHRE**

Fuß- und Radtouren, Städtebesuche, Gebirgs-
wanderungen, Wildwasser- und Flußfahrten im
Fallboot, Watterkunde, Zeltbau, Reisekochbuch,
Photo-Anleitung, Adressen usw.

450 Seiten, illustriert. Soeben erschienen! Preis nur 2.

Zu beziehen durch:

Volkswachbuchhandlung, Breslau, Flurstra

Kauf! nur im

Fahrradhaus Sie

Neumarkt 19, neben Barasch

Sieg ist billig!

Decken ab 1.35, Fedale ab 0.75, Kette ab 0.65, e
Lenker ab 1.50, Rücktrittreilau kompl. ab 5
Rotax-Rennabe ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13
Rennr. gemüllt 25.—, Räder kompl. m. Freilauf ab 46
Genossen erhalten 5% Rabatt!

**Der Wahr
Jakob**

Preis
25 Pf.

Pr
25

Sozialdemokratisches Witzb
Zu haben in den Volkswacht-B
handlungen und bei den Zeitungsträg

STADTHEATER

Donnerstag, 20 bis geg. 21.45

Abonn.-Vorstellung D 18

Die verkaufte Braut

Freitag, 20 bis 22.45

Abonn.-Vorstellung C 17

Zar und Zimmermann

Sonnabend, 20 bis 22.30

Der Bettelstudent

Pfänder-Auktion

am 13. Juni 1932

P. Schneider, Bärenstr. 12

BITTE

bei allen Einkäufen
stets die Inserenten
unserer Zeitung zu
berücksichtigen

Klickerbocker in prima

lett. Gelegenhe

Rob. Mult., 4.25, 3.95, 2.95

Friedländer, Sonnenstr. 30

Zur Allshees

und Metzigen, die
tunershalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.

Berlag

der

Volkswacht

Wohnungen

Freundl. Vo

zu vermieten.

Missalla Meßlin

Str. 19

Berufe

Möbel-Rips 13

Walter, Meier 68

Friedländer, Sonnen

Kleine Anzeigen

Sind kompess gefleht ein-
lige Anzeigen von Veräu-
kaufsuchen u. a. zur
Druckzeit. Wort 2 Pfenn
ten 6 Pfennige.

Sauszeit zu kaufen g

Kuffert, Viktorstr. 38, B

Die kleine Anze

die Du aufgeben
wenn Du mieten
taufen und lernen
gehört in Deine Zeit

in die Volkswa

Dort ist sie bittige

in der bürgerlichen

und bringt Dir

bestimmt Erfol

Breslauer Nachrichten

Neue Mitkämpfer für die Partei

Bis gestern hat die Werbeaktion der Partei 220 neue Mitglieder und 300 neue Volkswacht-Leser gebracht. Einzelne Genossen haben bis 12 und mehr Mitglieder geworben. Weiter so!

Wieder eine neue „Volkswacht“

Es will wieder einer einen neuen Laden aufmachen — Die Firma soll „Politisch-parteiloser Ring der Rentner Deutschlands“ heißen

In Breslau scheint ein besonderes Geschick vorhanden zu sein, „Reichsverbände“ zu gründen. Man weiß allerdings nicht genau, ob das daran liegt, daß wir besonders viele Mitbürger haben, die das Zeug zum „Reichsverbandsführer“ in sich spüren, oder ob das übrige Breslau ein bißchen zu schwach veranlagt ist und auf jede Leimrute kuppelt, die einige Leute mit Schwung und in paar Whrasen auslegen.

Wir beschäftigten uns erst vor einigen Tagen sehr ausführlich mit einem „Reichsverband der Erwerbslosen“ und der Tätigkeit eines Herrn Herrmann in diesem Verbands, die weniger dem Interesse der Erwerbslosen, als vielmehr seiner eigenen Verlian galt.

Inzwischen haben wir davon Kenntnis erhalten, daß wieder in paar Breslauer mit einem neuen „Reichsverband“ krebien gehen, der in ganz Deutschland Landesdirektionen mit der Hauptleitung in Breslau einrichten will. Wes Geistes Kinder diese Reichsverbandsführer sind, die sich ausschließlich auf die Rentner beschränken wollen, geht aus einem Programm hervor, das dieser politisch-parteilose Ring“ ausgibt, in der Hoffnung, am 1. Juni viel Dumme beisammen zu haben, um den Laden dann aufmachen zu können.

Da ist zunächst als Hauptperson ein Herr Karl Artur Klobber. In dem „Programm“ mit den 18 Punkten (er macht es also mit etwas weniger wie Hitler) steht allein neunmal der Name Klobber. Der gute Mann, der sich als ein „seit Jahren auf dem Renten- und Rechtsgebiete arbeitender kaufmännischer Direktor“ ausgibt, war früher einmal bei der Reichsbahn tätig und ist in verschiedener Beziehung nicht ganz unbekannt.

Sogar für den Fall eines Konkurses ist schon im Gründungsprogramm vorgelegt, und es wird den künftigen Mitgliedern versichert, daß sie nicht etwa haftpflichtig werden, wenn es zum Zusammenklappen kommen sollte. Und dann wird man einem Kandidat die Projektführung übergeben, wird Spenden zu getreuen Händen entgegennehmen, wird neben den Rentnerjahren auch allerlei andere Projekte für die Mitglieder führen, und vor allem wird man einmal das erforderliche „Anfangskapital“ von 1000 bis 1000000 Mark sammeln. Das scheint überhaupt eines der Hauptziele des „Ringes“ zu sein, weshalb den zuständigen Behörden schon bei empfangen wird, sich sehr genau zu informieren, ehe etwa Sammlungs-genehmigungen erteilt werden.

Die Rentner wissen ganz genau, daß sie in ihren Gewerkschaften, im Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands oder im Reichsbund der Kriegsbeschädigten ihre Angehörigen, über das ganze Reich ausgebreiteten und vor allem in der einflussreichen Geschlechtsbesten vertrauten Interessensvertretungen haben. Sie haben deshalb auch die Aufgabe, diesen immerwichtig-Keuten vom Schlage des Herrn Klobber die Meinung zu sagen, falls sie hebefällig werden sollten. Vor allem haben sie aber auch ihre Leidensgefährten, die etwa von dem neuen Laden alles Heil der Rentner erwarten, rechtzeitig zu warnen, um sie vor Enttäuschungen zu bewahren.

Ist das die „Deutsche Kultur“?

Der unlautere Wettbewerb der nationalsozialistischen „Deutschen Bühne“

Mit wenig Erfolg aber desto lauterem Geschrei versucht man hier in Breslau eine neue Theaterbesucher-Organisation aufzumachen. Der große „Erfolg“ des Bühnenvolksbundes hat die Nazis nicht ruhen lassen, und da diese „hriftlich-deutsche“ Organisation bei diesen unentwegten Leutschtumsverkündern ebenfalls schon längst als marxistisch verdächtig ist, hat man hier in Breslau unter Gaujais Führung, mit Hilfe des hiederen Stadtverordneten Steffens Kulturverständnis und eines nationalsozialistischen Malermeisters großem Kunstverdrang die „Deutsche Bühne“ aufgezogen, die später ein Bauerle, einst Schauspieler an den Vereinigten Theatern, dann weiterbringen soll. Einstweilen ist sie noch nicht viel weitergekommen. Nachdem man erst die Breslauer Volkshöhne in Grund und Boden geredet hat, hat man dann feine fauberlich ihr abgeguckt, wie sie sich räuspert und spuckt. So konnte man dann mit großem Brimborium an die Herausgabe eines Prospektes gehen.

Dieser Prospekt aber, der so haargenau die Organisation und das Gesamtprogramm bis auf die Fingergliedernd getreulich spiegelt, ist eine bewußte Täuschung gegenüber dem Interessenten. Er werden Preise, Verlosungsgruppen und sonstige Vergünstigungen versprochen, ohne daß man zuvor mit irgendeiner

Das Gerhart-Hauptmann-Theater im Werden

Die Bauarbeiten in dem ehemaligen Zirkus in der Schwertstraße voll im Gange

Noch ehe man zur letzten Vorstellung dieser Spielzeit im Thalia-Theater schritt, hielten bereits die Bauarbeiter ihren Einzug in der Schwertstraße, um mit der umfangreichen Tätigkeit zu beginnen, die es ermöglichen soll, am 3. September das Gerhart-Hauptmann-Theater der Breslauer Volkshöhne unter der persönlichen Anwesenheit des Dichters eröffnen zu können. Da an diesem Tage aber nichts mehr an die Unschönheiten des Thalia-Theaters erinnern soll, muß eine kleine Handwerkerarmee nach einem genau festgelegten Plane zu Werke gehen und die gestellte Aufgabe auch in der vorgeschriebenen, verhältnismäßig kurzen Frist bewältigen.

Die wesentlichste Verbesserung, die Beseitigung der vielen Säulen, die man bis vor kurzer Zeit nicht für durchführbar hielt, wird nun doch vorgenommen werden können. Zwei riesige Eisenkonstruktionen, die außerhalb des Theaters von der Rückseite des Straßengebäudes zum Bühnenhaus geführt werden, ermöglichen es, die bisher auf den Säulen ruhende Dachkuppel regelrecht an die Eisengerüste anzuhängen. Die Säulen verlieren damit ihren eigentlichen Zweck und können dann sofort umgelegt werden. Die Beseitigung dieses Uebelstandes, der bisher für 200 Plätze, die freie Sicht nach der Bühne versperrte, hielt man vor allen Dingen aus finanziellen Gründen für unerwünscht. Die jetzige Lösung erfordert aber nur 700 Mark Kosten und konnte daher bei dem ganzen Umbau berücksichtigt werden. Die Kuppelspannweite vergrößert sich durch die Säulenentfernung von bisher 16 auf 28 Meter und die 200 Plätze mit einem „Säulenblick“, die den Besucher nicht gerade besonders ergötzen, werden nun genau so gut, wie die anderen Plätze.

Von den übrigen Veränderungen erzählt man am besten nicht allzu viel. Je weniger die Freunde des kommenden Gerhart-Hauptmann-Theaters zunächst davon erfahren, um so größer wird ihre Ueberraschung sein, wenn sie sich zum ersten Besuch des neuen Kunsttempels aufschwingen werden. Hingewiesen sei lediglich darauf, daß die Räumlichkeiten des bisherigen Klempnerladens, eine Wohnung und auch noch einige andere, im Grundriß gelegene Räume, künftig innerhalb des Theaters liegen werden, so daß sich jeder eine sehr wesentliche Veränderung der Garderobenverhältnisse und eine Vergrößerung des Wandelganges vorstellen kann. Auch der Kasten, den man bisher Mittelbalkon nannte, wird bei der Neueröffnung kaum wiederzuerkennen sein. Sogar der Raum, der die besten Plätze verbürgt, bisher aber trotzdem ungenutzt war, nämlich der breite Mittelgang, wird selbstverständlich in Zukunft für eine Anzahl bester Plätze Raum gewähren. Die Platzzahlen sind zwar von 1163 Sitzplätzen auf 910 und von 137 Stehplätzen auf 100, aber dieser Verlust wird wieder dadurch wettgemacht, daß künftig auch jeder Platz gute Sicht- und Hörmöglichkeit bietet. Und schließlich wird neben einer soliden Innenausstattung noch ein Vorführraum eingebaut werden, der es gestattet, auch Filmvorführungen zu veranstalten.

Der auf 1000000 Mark veranschlagte Umbau ist besonders erfreulich, weil seine Kosten zum allergrößten Teile reine Ar-

beiterlöhne sind. Da die Volkshöhne mit den ausführenden Firmen vereinbart hat, nur Wohlfahrtsunterstützungsempfänger als Arbeiter und Handwerker für die Umarbeiten zu beschäftigen, ist die Schöpfung des Gerhart-Hauptmann-Theaters nicht nur eine kulturelle Großtat, sondern auch eine nicht zu verachtende Arbeitsgelegenheit, die einmal die Möglichkeit bietet, ein paar Monate arbeiten zu können.

Erwähnt sei noch, daß bei den ersten Abbrucharbeiten im alten Gemäuer des Erdgeschosses eine Granitsäule von 2,20 m Länge und 32,52 cm Breite gefunden wurde, deren Herkunft mitten in einer Mauer höchst rätselhaft erscheint. Sie soll aber dem Abbruch nicht zum Opfer fallen sondern von einem Künstler zu einem auf die Bestimmung des neuen Hauses hinweisenden Kunstwerk gestaltet werden.

Die Bauleitung hat Architekt Lange, von dem auch die Entwürfe ausgearbeitet wurden, während die farbige Ausgestaltung dem künstlerischen Troied übertragen wurden ist. Bauausführende Firma ist das Baugeschäft Max Günther.

Ein Kuriosum, das mit der Schaffung des Gerhart-Hauptmann-Theaters in Zusammenhang steht darf abschließend nicht unerwähnt bleiben. Während die Breslauer Volkshöhne im Arbeiterviertel Breslaus aus einem ehemaligen Zirkus und einem unzulänglichem Theater eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Volkshöhne geschaffen, haben sich die Unterrufer und die bössartigen Feinde der Volkshöhne, die zwar mit keiner entsprechenden Meinung aufwarten, dafür aber um so größere Giftspritzen in Tätigkeit setzen können, auf die Strümpfe gemacht und wollen die Mitglieder der Volkshöhne ins Vogeln jagen. Geschäftig wird die Märe verbreitet, daß der Umbau mit seinen Kosten zur Pleite der Volkshöhne führen wird. Da sie eine Gensenschaft sei, würden die Mitglieder am Ende haßbar gemacht werden.

Es ist zwar ohne weiteres anzunehmen, daß die Mitglieder dieser Kulturorganisation geschult genug sind, um jedes Wort dieses Unsinns als böswilliges und verleumderisches Geschwätz zu erkennen, so daß die in diesem Märchen stehende Gemeinheit nicht näher erörtert werden braucht, aber die Tatsache, daß man mit solchen Ladenhütern krebien geht, zeigt wenigstens wieder einmal den Charakter der Kulturschichten aller Gattungen im hellsten Kampensicht.

Theaterorganisation über die Durchführung solcher Pläne verhandelt hat, was man ja auch bisher gar nicht tun konnte, weil, ja weil man eben noch keine Mitglieder hat, die als fester Stamm in Frage kommen könnten. Eine solche Propaganda stellt natürlich gegenüber der Breslauer Volkshöhne einen groben Verstoß gegen das Gesetz über unlauteren Wettbewerb dar. Die Leitung der Volkshöhne handelte darum nur recht, wenn sie gegen die „Deutsche Bühne“ eine einstweilige Verfügung beantragte, eine solche Propaganda zu unterlassen. Eine solche einstweilige Verfügung ist auch umgehend erlassen worden, und bereits vor einigen Tagen in unserem Anzeigenteil veröffentlicht worden.

In ihrer gestrigen Ausgabe verücht die „Schlesische Tageszeitung“ so etwas wie eine Revanche und weiß nichts Besseres zu tun, als einmal festzustellen, daß — man denke wie furchtbar schlimm — unter der Liste der Spender für den Umbau des Thalia-Theaters zu 80 Prozent Juden sein sollen. Womit bestenfalls notabene nur bewiesen ist, daß eben diese Kreise an der Kultur ein größeres Interesse haben als die deutschen Nationalsozialisten, die trotz allem reklamachafte Getue nicht zu bewegen sind, in Massen in die „Deutsche Bühne“ einzutreten, zumal bis jetzt noch nicht verlautet, daß man dort mit SA-Methoden Deutschland zum Erwachen bringen soll.

Die heutige Mitglieder-versammlung der Partei verschoben

Die für heute angelegte Mitgliederversammlung der Partei wird wegen voraussichtlich langer Dauer der heute gleichfalls stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung auf die Mitte der nächsten Woche verschoben.

Wir bitten die Parteigenossen, von dieser notwendigen Aenderung Kenntnis zu nehmen.

Zentrale für Jugendfürsorge

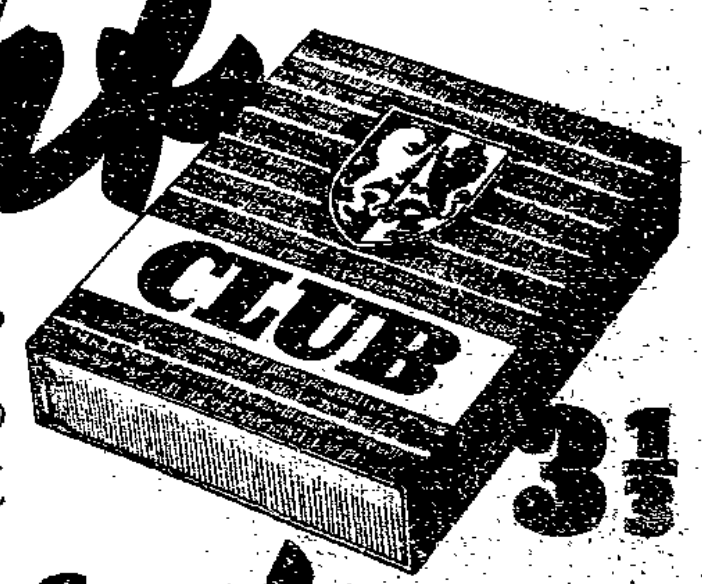
Wie Professor Rosenstock den Arbeitsdienst sieht

Im Rahmen der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge sprach Professor Rosenstock-Hüßin über „Der Arbeitsdienst“. Die Hauptgedanken seines Referats sind in Kürze folgende: Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht ist nicht neu. Das Volkrechtsoeuthland kannte ihn schon — Völkens Vöper formulierte: Wir fordern Menschen auf, für das Vaterland zu sterben, wie wäre es, wenn wir sie aufforderten, für das Vaterland zu leben. Die restlose Verwindung des Faktums der Erwerbslosigkeit mit dem Begriff der Arbeitsdienstpflicht ist falsch. Der Arbeitsdienst hat wieder in erster Linie die Aufgabe dem Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, er hat die Aufgabe, ihm durch „Dienen“ wieder an die Allgemeinheit anzugliedern. Arbeit und Dienst sind Gegensätze. Bei der Arbeit kommt es auf den wirtschaftlichen Nutzen, beim Dienst auf die persönliche Hingabe an. Die Arbeitsdienstpflicht muß die Arbeit dem Dienen unterordnen. So aufgefaßt, hat es keine Berechtigung, wenn sich die Entlohnungsgedanke nicht im Vordergrund steht. Die heutige Situation ist umgekehrt. Der Lohngedanke herrscht vor — daraus ergibt sich die Möglichkeit der Vorwürfe von Lohnbruch und Arbeitsraub.

Die Allgemeinheit und der Erwerbslose selbst müssen lernen, im Arbeitsdienstpflichtigen nicht den schlechtbezahlten Arbeiter, sondern den Dienenden für die Allgemeinheit zu sehen. So wie sich in einer Familie Kinder, die nicht mitverdienen und somit erhalten werden, sich nur dann wohl fühlen, wenn sie ihr dienen, so können sich die Arbeitslosen im Haushalt Deutschland ihr Wohl befinden nur durch Dienst erringen. Arbeitslose schalten als Ersparnis (eine Maschine ersetzt 100 Arbeiter) aus der Produktions-sphäre heraus in die Reproduktions-sphäre. Sie sind die Reservisten der Produktion. Infolgedessen hat nicht eine Versicherung sondern die Produktion als Produktionsstätte, nicht als einzelner Arbeitgeber, die Finanzierung zu übernehmen. Irgendwie muß dabei natürlich auch auf die Rentabilität der Arbeit im Arbeitsdienst geachtet werden, wobei allerdings jeder Einbruch von Lohnbruch und Arbeitsraub vermieden werden muß. Die Rentabilität der Arbeit läßt es nun nicht geraten erscheinen, wenn beim Arbeitsdienst der Zwang eingeführt wird. Zwang verächtlicht die Arbeit — im heutigen Wirtschaftsleben hat Arbeit aber nur, wenn sie in

CLUB ist nicht

für Bilder-Sammler sondern für Qualitäts-Raucher.
 Und tatsächlich: Wer CLUB probiert bleibt dabei,
 denn echt macedonische Tabake sind eben nicht
 durch Bilder zu ersetzen



Ein neues Provinzial-Kraftwerk

Wie die Pressestelle der Provinzialverwaltung mitteilt, wird in diesen Tagen das von der Provinz neu errichtete Bóber-Kraftwerk bei Schönmär in Betrieb genommen, das für die zeitige Versorgung des Bezirkes um Bunzlau gedacht ist.

Bereits vor dem Kriege stand die Provinz wegen Ankaufs dieses und eines unmittelbar oberhalb in Wenig-Walditz gelegenen ungefährl. gleichwertigen Gefälles des Bóber in Verhandlungen, die aber durch den Krieg unterbrochen wurden. Im Jahre 1917 erwarb die Stadt Bunzlau Gefälle in der Ubfahrt, die Wasserkräfte für die Versorgung der Stadt auszubauen und in der Hoffnung, unabhängig vom Provinzial-Elektrizitätswerk für die Stadt eine vorteilhafte Versorgung zu erreichen. Bei näherer Berechnung der Anlagekosten und Unterhaltung der besonderen Verhältnisse erwiesen sich diese Entwürfe mit den daran geknüpften Hoffnungen, besonders unter Berücksichtigung der Unsicherheit dieser Wasserkräfte, die zudem für die Stadt bei geringer Wasserführung nicht genügen, zeitweise wieder weit über ihren Bedarf hinauszugehen, als undurchführbar. Die Stadt verzichtete nun zunächst auf den Ausbau der Wasserkräfte in Verbindung mit der Provinz, sei es im Nach- oder Beteiligungsverhältnis, zu erreichen. Diese im Jahre 1919 aufgenommenen und bis zum Jahre 1924 fortgesetzten Verhandlungen führten aber nicht zum Ziel. Im Herbst 1930 kam endlich eine Einigung zustande.

Die neue Wasserkraftanlage bei Schlemmer besteht aus dem alten Wehr mit neuer von der Stadt erbaute Turbinen, Merkmal mit Einlaufschleuse und dem Kraftwerksgebäude. Im Kraftwerksgebäude selbst sind zwei moderne Kaplan-Turbinen von je 800 PS. Leistung in Verbindung mit zwei Drehstrom-Generatoren entsprechender Leistung mit senkrechter Drehachse für eine Erzeugerleistung von 10.000 Volt und die Schaltanlage eingebaut. Die hiermit erzeugte Elektrizität wird durch Drehstrom-Doppelleitungen für 10.000 Volt Spannung insgesamt zum Umspannwerk bei Bunzlau und von hier aus in das Ueberlandnetz der jetzigen Niederschlesischen Elektrizitäts-AG eingeleitet. So daß zunächst die Stadt Bunzlau und der ihr nahe gelegene Teil des Ueberlandnetzes versorgt werden und bei Störungen in den Zuleitungen von Mauer, Marklitzsch und Trattendorf hier eine weitere Stütze erhalten. Für die Unterbringung des Maschinenpersonals hat die Provinz die in unmittelbarer Nähe am Bóber gelegene Schlachthalle vom Kreise Bunzlau angekauft und ausgebaut.

Mit der Vollendung dieses Kraftwerkes tritt zu der vor dem Kriege vorwiegend für den Hochwasserschutz und nur zum Teil für die Elektrizitätserzeugung erbauten Talperré Mauer und zu den nach dem Kriege erbauten Talperré Boberrörsdorfer und Boberrörsdorfer nunmehr ein drittes Kraftwerk, womit der Ausbau von Wasserkräften für das Provinzial-Elektrizitätswerk voraussichtlich zunächst für längere Zeit als abgeschlossen angesehen ist. Nach Lage der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die einen bedeutenden Rückgang des Absatzes — rund 30 Millionen kWh. weniger wie 1929 — bei der Niederschlesischen Elektrizitäts-AG mit sich gebracht haben, wird der Ausbau weiterer Wasserkräfte durch die Provinz im besonderen auch der noch harrende Ausbau der Wasserkräfte bei Wenig-Walditz für absehbare Zeit zurückgestellt werden müssen.

Taufelbrücke in die Tiefe. Er wird verschmettert liegen und kurz auf dem Transport ins Krampfenhaus.

Aus der Umgebung

Brodau. Silberhochzeit feiert heute der Rangiermeister Genosse Paul Hoffmann, Brodau, Wehmannstraße Nr. 2b, und seine Ehefrau Kauline, geb. Joachim, Hoffmann ist Parteigenosse und langjähriger Leiter der „Volksmacht“. Die Parteigenossen von Brodau und die Redaktion gratulieren.

Oltašin. Die „Einheitsfront“ der Arbeiterschaft soll hier in einer Versammlung, die ein „provisorischer Ausschuss“ einberufen hat, durchgeführt werden. Die Sozialdemokratie beteiligt sich an dieser Veranstaltung, die ja wahrscheinlich wie in Breslau in erster Linie dazu dienen soll, gegen die SPD. vom Leber zu ziehen, nicht die Einheitsfront der Arbeiterschaft kann von jenen, die in Zeiten höchster Krajanzspannung die Arbeiterschaft zu zerfällen drohen, und auf diese Weise niemals verwirklicht werden.

Kottwitz. In der Gemeindevorstellung wurde die Stellung von Materialkührern für die Befestigung der Straße nach Tschirnitz, die von der Oberkrieger durch Arbeitsdienstpächter projektiert war, mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Gemeinde abgelehnt. Der Gemeindevorsteher soll jedoch mit der Reichsbahn verhandeln, ob sie den in Frage kommenden Eisenbahnschotter nicht auf dem Haltsplatz Kottwitz abladen könne, von wo aus die Führer dann umlopf übernommen werden könnten. Bei der Neuwahl zum Fürsorgerausschuss schloß man wieder einmal einträchtig auf „das System“. Nach etwa 25 verschiedenen Vorschlägen und langem Hin und Her konnte schließlich ein einstimmiges Besetzung der Gemeindevorstellung entsprechender Ausschuss zusammengestellt werden. Unter „Verstärkung“ wurde gefordert, daß bei der Verweisung der Landtrahse die Zahlung im Voraus verlangt werden muß, die Vermessungsfirma und das Katastramt in Breslau aber über ein Jahr zu der Vermessung benötigten. — Anschließend beantragten die bürgerlichen Vertreter Ersatz ländlicher Gemeindeverwalter für die am nächsten Schiffsseiner, obwohl die erhobenen Zuschläge hier wesentlich niedriger als in anderen Orten. Mit sechs gegen zwei Stimmen wurde dieses Verlangen abgelehnt. Als dabei Herr Käber mit dem Gemeindevorsteher zu ironisieren versuchte, spendeten ihm Nazi und Kommunisten wiederum wie üblich und einträchtig Beifall.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumark/Wirtmarsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 5900, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u 16-18 Uhr

- Leipe-Petersdorf.** Sonnabend, den 11. Juni, 20 Uhr, bei Fiebach: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Frisch.
- Kanth.** Sonnabend, den 11. Juni, 20 Uhr, bei Seidel: Mitglieder-versammlung. Redner: Genosse Stitz.
- Gnischwitz.** Sonnabend, den 11. Juni, 20 Uhr, bei Köhler: Mitglieder-versammlung. Redner: Genosse Schiffer.
- Schottwitz.** Sonnabend, den 11. Juni, bei Preßler: Mitglieder-versammlung.
- Rein-Segerwitz.** Sonnabend, den 11. Juni, 20 Uhr, bei Seidel: Mitglieder-versammlung. Redner: Genosse anwesend.
- Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost: Tschischowitz.** Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Tschischowitz für die Arbeitgemeinschaft Tschischowitz eine Teilkommunal-Konferenz statt. Gen. Kleinert, Amts- und Gemeindevorsteher, spricht über das Thema: „Die Gemeinde im Jahre 1932“. Wir erwarten vollzähligen Besuch.

Domschau. Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, findet bei Frank eine Mitgliederversammlung der SPD. und des Reichsbanners statt. Redner ist Genosse Alexander.

Leuthen. Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, im Lokal Müller öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Frankl-Breslau.

Oltašin. Alle Genossinnen treffen sich am Donnerstag, den 9. Juni, an der katholischen Kirche um 7 (19) Uhr zum Besuch der Kleitendorfer Frauengruppe.

Schwitz. Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Kunisch. Alle Parteimitglieder müssen erscheinen.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachttiermarktes

Hauptmarkt am 8. Juni 1932
Der Auftrieb betrug 912 Rinder, 1261 Kälber, 683 Schafe, 3214 Schweine. Ueberhand vom vorigen Markte waren 1 Rind, — Kälber, — Schafe, 2 Schweine.

I. Rinder		713 Stück	60 wurden geschlachtet für 50 Kilogramm Lebensmittel; 511		
A. Ochsen:					
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes				1 Junger, 1 Altes	21-23
b) sonst vollfleischige 1 Junger, 2 Altes				25-27	
c) fleischige				12-21	
d) gering geschlachtet				12-21	
B. Kühe:					
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes				30-31	
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte				24-26	
c) fleischige				18-20	
d) gering geschlachtet				18-20	
C. Kalber:					
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes				22-23	
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte				18-25	
c) fleischige				8-10	
d) gering geschlachtet				8-10	
D. Ferkel (Kaltblüter):					
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes				20-25	
b) vollfleischige				28-30	
c) fleischige				18-20	
D. Ferkel (Warme):					
a) fleischige				15 Stück	
b) gering geschlachtet Jungvieh				15 Stück	
II. Kälber		1261 Stück			
a) Doppelt oder Mehr				27-33	
b) Rind, Kalb, und Saugkalber				25-27	
c) Mittlere Weib- und Saugkalber				15-25	
d) Saugkalber				15-25	
III. Schafe		683 Stück			
a) Wollschaf und jüngere Wollschaf				38-40	
b) Mittlere Wollschaf, ältere Wollschaf, und einjährige Schafe				30-32	
c) fleischige Schafweib				20-24	
d) geringgeschlachtet Schafweib				20-24	
IV. Schweine		3214 Stück			
a) fleischige über 150 Kilogramm (Lebendgewicht)				25-27	
b) fleischige Schweine von ca. 120-150 Kilogramm (Lebendgewicht)				20-22	
c) fleischige				18-20	
d) fleischige unter 120 Kilogramm (Lebendgewicht)				15-17	
e) Saug- und Eber				27-33	

Arbeiter-Sport

Fußballspiele Breslau - Brieg

- am Sonnabend, dem 11. Juni, 18.15 Uhr, auf dem Spantaplatz am Schlachthof
- Am Sonnabend steht Breslauer Fußballgemeinde ein großes Ereignis bevor. Die Breslauer Städtegemeinschaft wird gegen Brieg das Rückspiel austragen. In fast vollständig neuer Besetzung wird Breslau Vertretung den Kampf gegen Brieg aufnehmen. Wie stehen die Mannschaften?
- | | | | | |
|------------------|-------------------|---------------------|----------------|--|
| Blante (Wader) | Fähig (Eintr.) | | | |
| Hade (Südb.) | Herzog (Falle) | Hempel (Union) | | |
| Beier (Ein.) | Keich (Südb.) | Zista (Altmarn) | | |
| Böhm (W.P.) | Ermer (Spielo.) | Bälzer (Rump) | Wahmann (W.P.) | |
| Kurzer (Spielo.) | Rodebau (Spielo.) | Deinert (W.P.) | | |
| | Wilde (Herta) | Struppman (Spielo.) | | |
| | | Rodebau (Spielo.) | | |

Ohne Zweifel bietet die Brieger Aufstellung das einheitlichere Bild. Das Gerippe der Mannschaft stellt diesmal die Spielvereinigung, so daß ein gutes Zusammenspiel und Verstandnis bereits garantiert ist.

Die Breslauer Mannschaft zeigt diesmal einige neue Gesichter. Aber gerade die Neulinge werden dafür sorgen, daß ein interessantes Spiel zustande kommt. Man kann also einen Sieger im voraus nicht nennen. Nur soviel steht fest, daß beide Mannschaften für ein spannendes Spiel garantieren und daß aufs neue ein Werbeispiel für den Arbeitersport zustande kommt. Das Spiel beginnt um 18.15 Uhr. Um 17.00 Uhr werden die Schüler B.F.L.S. das Einleitungs spiel bestreiten. Die Eintrittspreise sind für Erwerbslose und Jugendliche nur gegen Ausweis 20 Pf., Schüler 4 Pf., Bediener 40 Pf.

Fußballvorbereitung für den 12. Juni

Soweit nicht anders angegeben, beginnen die Spiele um 17.30 Uhr. In Serienspielen stehen sich gegenüber: **Kobornitz - Fortuna in Kobornitz.** In einem Siege der Kobornitzer besteht kaum ein Zweifel. **Kosenitz - Obernitz auf der Brückenaue.** Nach Kampf könnte ein Sieg Kosenitz möglich sein. **Rapid - Sportfreunde am Hagfeldweg.** Da beide Mannschaften über die gleiche Spielstärke verfügen, wird ein nur knapper Ausgang erwartet. **Rot-Weiß - Astania um 19.00 Uhr am Markt.** Als Sieger erwartet man Rot-Weiß. In Gesellschaftsspielen kommen folgende zum Austrag:

Adler ist in Schmolz bei Freiheit zu Gast und dürfte einen sichereren Sieg erringen. **Oswitz** spielt in Grünhagen gegen Stern, wird aber eine Niederlage einstecken müssen. **In Groß-Mogeln** werden Einigkeit und Wader ihre Kräfte messen, wobei Einigkeit als die Besseren in Front zu erwarten sind. **Serafb** hat den B.F.L. Dels zu Gast und sollte knapp verlieren. **In Gaudau** werden sich B.F.L. und Bratislawia einen zähen Kampf liefern, wobei der Ausgang völlig offen ist. **Auf eigenem Wege** empfängt der B.F.L. Herta. Herta wird aber kaum bestehen können. Eine sehr schwere Aufgabe hat **Blau-Gelb** im Spiele gegen Märzdorf zu lösen. Da das Spiel in Märzdorf zum Austrag kommt, steht der Sieg für Blau-Gelb noch nicht fest. **In Cawallen** erscheint Juliusburg. Sie sollten aber mit einer Niederlage die Heimreise antreten. **Im Rahmen der „Raf“** in Deutsch-Lissa tragen Union und Herrnsproß ein Werbeispiel aus. Die Namen beider Mannschaften garantieren einen Großkampf. **Sturm und Falke** sind in Maria-Höfen die Gegner. Dieses Spiel gehört zu einem der besten des Sonntages und sollte einen spannenden Verlauf haben. **In Trebnitz** ist Schmarze-Krotz bei der Gegner. Man kann den Trieger aber nicht viel Aussichten auf Sieg einräumen. **Schlesien** trägt in Klettenhof das Rückspiel gegen Südb. aus. **Sieg für Südb.** dürfte diesmal bestimmt nicht sehr hoch ausfallen. **Niemberg** tritt in Schmarze an und wird eine Niederlage erleben. **Im Westpark** wird 1924 verflucht, über Blau-Weiß den Sieg zu erringen. **Ob es gelingt,** erscheint allerdings fraglich.

Serienspiele am 12. Juni

- 17.30: Kosenitz I — Obernitz I; Brückenaue; 141.
- 17.30: Rapid I — Fr. Sportfr. I; Hagfeldweg; 201.
- 19.00: Rot-Weiß I — Astania I; Westpark; 114.

Gesellschaftsspiele

- 17.30: Freiheit I — Adler I; Schmolz; 1.
- 17.30: Stern I — Oswitz I; Grünhagen; 130.
- 18.00: Stern II — Oswitz II; Grünhagen; 212.
- 19.00: B.F.L. I — Sparta III; Stadion; 129.
- 9.30: Stern III — West III; Grünhagen; 3.
- 19.00: Vorwärts II — St. Ad. II; Stadion; 1.0.
- 17.30: Alemannia II — Adler II; Ranjern; Sturm.
- 17.30: Alemannia III — Adler III; Ranjern; Eintr.
- 17.30: Freiheit III — Einigkeit III; Schmolz; Verein.
- 19.00: Einheit IV — Sportfreunde IV; Brückenaue; Herta.
- 8.30: Rot-Weiß II — Astania II; Westpark; West.
- 18.00: Freiheit II — Adler II; Schmolz; 1928.
- 14.00: Freiheit III — Adler III; Schmolz; Falke.

Jugend und Schüler

- 9.00: Einheit I — West I; Brückenaue; 241.
- 15.00: Stern I — Oswitz I; Grünhagen; 188.
- 19.00: Bratislawia I — Vorwärts I; Brückenaue; 131.
- 14.00: Rot-Weiß I — West I; Westpark; 202.

Sonnabend, den 11. Juni

17.00: B.F.L. Schil. — F.S.B. Schil.; Spantaplatz.

Notizen

Achtung, Fußballvereine! Vereine, die am Montag noch keine „Raf“-Vorverkaufstorten erhalten haben, holen dieselben sofort im Kartellbüro ab.

Berhandlungsausschuss. Die für den 13. Juni angelegten Verhandlungen fallen aus.

Arbeitsausschuss. 12. Juni, 9 Uhr, Spielerbörse Bezirks-Lokal.

Sportklub Kosenitz. 17. Juni, außerordentliche Vollversammlung.

F.S.B. Oswitz. 10. Juni Vollversammlung; 8. Juni Lanfratung auf dem Sportplatz in Oswitz.

B.F.L. Breslau. 17. Juni, 20 Uhr, Vollversammlung bei Noß, Herberstraße 17.

Wasserport

1. Arbeiter-Ringler-Verein Breslau. e. B. 8. Juni, 20 Uhr, Zimmer 12/14, Gewerkschaftshaus, Versammlung. Vorstand 19 Uhr im Restaurant. Die restlichen Buhrtenarten müssen abgeholt werden.

Kulturvereine

Freie Mensche Breslau. 10. Juni, 20 Uhr, Heimabend, Gewerkschule. Vorstandsmitglieder eine halbe Stunde vorher, Kartarten werden am Heimabend ausgegeben.

Wasserfahre

	9.6.	8.6.	5.6.
Kassen...	1.80	1.92	2.68
Poste (Stadt)...	-0.24	-0.17	2.68
Fahrtgeld (Hrt-Begel)...	2.02	1.82	2.15
Bezug (Wahnsinn)...	2.78	2.35	1.61
Treppen...	1.19	1.06	1.11

Grauenhafter Selbstmord

Sie fühlte mit Spiritus begossen und angezündet

In Mottschelnitz, Ar. Wohlau, begoß sich eine Frau, offenbar in geistiger Umnachtung mit Spiritus und zündete sich an. Ein Passant zog schnell seinen Rock aus und erlöste damit die Flamme. Die Unglückliche mußte trotzdem mit grauenhaften Verbrennungen in hoffnungslosem Zustand ins Wohlauer Krankenhaus eingeliefert werden.

Not kennt kein Gebot

Wie Landfriedensbruchprozesse entstehen

Von den 80 Mietern der Waldenburger Stadthallen wird seit einiger Zeit eine Herabsetzung der Mieten gefordert. In Anbetracht der angespannten städtischen Finanzen hat der Magistrat dem Antrage nicht stattgegeben. Um trotzdem einen günstigen Bescheid zu erzielen, versuchte eine Abordnung der Mieter in Begleitung von 40 Mietern durch Rücksprache mit dem Oberbürgermeister zum Ziel zu kommen. Natürlich war der Oberbürgermeister Gen. Schubert nicht in der Lage, von sich aus den Beschluß des Magistrats umzuwidern. Die Aufforderung, das Vorzimmer zu verlassen, wurde mit Drohungen beantwortet. Auch dem herbeigerufenen Schwobedanten widersetzten sich die Leute; die sich in ihrer Erregung sogar dazu hinreißten ließen, die Zimmertür auszuballen. Erst mit viel Mühe gelang es, das Rathaus zu räumen. Die bedauerlichen Vorgänge hatten zur Folge, daß die beiden Hauptbeteiligten S. J. und K. sich am anderen Tage vor dem Schnellrichter zu verantworten hatten. Das Gericht hielt beiden Angeklagten die Erregung aus und ging erheblich unter das Strafmaß des Staatsanwalts; verurteilte die Beiden aber wegen Landfriedensbruchs zu je 7 Monaten Gefängnis.

Die Verurteilungen wurden im Gegensatz zu vielen national-sozialistischen Landfriedensbrechern auf der Stelle verhängt.

Beloffene Politik

In Gleiwitz wurden gestern acht Nationalsozialisten, die mit Rädern unterwegs waren im Gleiwitzer Stadtgebiet von 15 bis 20 Kommunisten, die zum Teil angetrunken waren, überfallen und mit Steinen beworfen. Die Nazis stiegen nur kampfbereit von den Rädern und es kam zu einem Handgemenge, bei dem ein Nazi durch einen Messerstich an der Hüfte verletzt wurde, während einem zweiten mit einem Stein die Kniegelenke zertrümmert wurde. Die Nationalsozialisten flüchteten, von den Kommunisten verfolgt, in die Kantine der Lokomotivwerkstatt, wo die Kommunisten einige Scheiben einschlugen. Das Ueberfallswehrkommando nahm die vier Hauptäter fest.

Waldburg. Sprengstoff in Kinderhänden. In der Bahnstation Kolonie hatten Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren mit einer Sprengkapsel gespielt und zur Explosion gebracht. Drei Kinder wurden verletzt, eins von ihnen so schwer, daß es ins Krankenhaus überführt werden mußte. Die Sprengkapsel soll den Kindern angeblich von einem Bergmann überlassen worden sein.

Kemal u. D. Fluchtversuch durch den Schornstein. Der wegen Hochstapelen in ganz Deutschland von zahlreichen Staatsanwaltschaften gesucht Friedrich Jakobus aus Serne i. Westf., wurde hier verhaftet. Im Polizeigefängnis löste er die Mauersteine hinter dem Ofen seiner Zelle und wollte durch den Schornstein fliehen. Als er schon vier Meter hoch geklettert war, und sich davonmachen wollte, wurde er erwischt und ins Gefängnis eingeworfen.

Witt. Wegen zu hoher Mietzinsen — Aus Verzweiflung über zu hohe Mietzinsen und daraus resultierenden Schwierigkeiten kürzte sich ein Gölitzer Arbeitermeister von der

Ist Ihnen bekannt,

- das einer der ersten Kriegsfreiwilligen, die im Sommer 1914 fielen, der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Ludwig Frank, war...
- das der letzte kaiserliche Kanzler, Prinz Max von Baden, den Sozialdemokraten Friedrich Ebert mit aufgehobenen Händen bei der Leitung der Reichsgeschäfte zu übernehmen, weil sonst alles verloren sei...
- das die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen auf dringenden Wunsch der Obersten Heeresleitung angenommen wurden...
- das der Frieden von Versailles die Folge nicht eines Dolchstoßes, sondern einer dreißigjährigen kaiserlichen Mißregierung war? —

Die Pläne der Sozialreaktion.

Die Befehle der Scharfmacher für das Kabinett der Barone.

Das Organ der Scharfmacher „A u r u n d R h e i n“ hat beim Rücktritt des Kabinetts Brüning klar und scharf gesagt, weshalb die Scharfmacher am Sturze Brünings mitgearbeitet haben und was sie von dem neuen Rechtskabinett verlangen. Gegen die Politik Brünings schreibt das Scharfmacherorgan:

„In unserer Sozialpolitik sind grundlegende Reformen ebenfalls unerlässlich. Man hat nicht gewagt, unsere Sozialversicherung, deren zwangsläufiger Zusammenbruch seit langem vorausgesehen wurde, zu reformieren. Man hat nicht gewagt, die Tarifstarre zu beseitigen und der Wirtschaft die Möglichkeiten einer elastischen Lohngestaltung zu geben. Auch unter der Regierung Brüning sind durch eine übermäßige Steuer- und Sozialpolitik die Quellen der eigenen Kapitalbildung weiter verächtet worden.“

Weil bisher die Sozialpolitik aufrechterhalten wurde, weil den Arbeitslosen geholfen wurde, weil von Staats wegen den höchsten Lohnraubprojekten der Scharfmacher durch die Verbindlichkeitsklärung ein Wall entgegengestellt wurde — deshalb haben Scharfmacher und Nationalsozialisten die

politische Krise herbeigeführt. Und nun befehlen sie dem neuen Rechtskabinett:

„Endlich müssen sich die verantwortlichen Leiter des Reiches dazu entschließen, an die Stelle der bisherigen Jaghaftigkeit und Unentschlossenheit energische und rasche Reformarbeit zu setzen. Diese Reformarbeit hat nur dann Sinn und Wert, wenn sie begleitet wird von einer Befreiung der Wirtschaft von all den Fesseln und Hemmnissen, die heute die Initiative des Unternehmers lähmen. An die Stelle ständiger Zugeständnisse an den Sozialismus müssen endlich wieder die erprobten und bewährten Grundzüge der Privatwirtschaft treten.“

Wenn die Scharfmacher Reform sagen, dann meinen sie Reaktion! Es soll ein Ende haben in Deutschland mit der Sozialpolitik, der Arbeiter soll völlig ungeschützt der Brutalität des Unternehmertums gegenübersehen, und die Arbeitslosen sollen der staatlichen Fürsorge beraubt werden. Sie sollen eine völlige verelendete Reservearmee bilden, die, getrieben von furchtbarster Not, die sozialreaktionären Absichten der Scharfmacher begünstigt!

Dagegen gilt es jetzt, den Kampf zu führen! Nieder mit der nationalsozialistischen Schutztruppe der Reaktion, nieder mit dem Kabinett der Scharfmacher und Großagrarien,

her zur Sozialdemokratie!

Ist Ihnen bekannt,

- das der Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan eine Erleichterung von 600 Millionen Mark und die Befreiung des besetzten Gebiets brachte...
- das der Dawes-Plan von einer Regierung angenommen wurde, in der kein Sozialdemokrat saß, und zwar mit Hilfe der „nationalen Opposition“, die zum großen Teile für ihn stimmte...
- das Deutschland aus dem Young-Plan zunächst nur einige Hundert Millionen Mark und seit dem vorigen Jahr überhaupt nichts mehr bezahlt hat, das Krisenland also noch ganz andere Ursachen haben muß...
- das die Sozialdemokratie für die Streichung aller Kriegsschulden und Reparationen eintritt?

Ist Ihnen bekannt,

- das alle deutschen Volksgenossen, auch diejenigen, die jetzt nationalsozialistisch wählen, ihre Staatsbürgerrechte der Sozialdemokratie verdanken...
- das die Frauen, auch diejenigen, die für Hitler schwärmen, nur deshalb wählen dürfen, weil die Sozialdemokratie ihnen die Gleichberechtigung erkämpft hat...
- das die Arbeitslosen früher nur Almosen bekamen, wofür sie ihre Bürgerrechte verloren, und daß die Arbeitslosenversicherung erst von der Sozialdemokratie durchgesetzt wurde?

trotz gewisser schwerwiegender Enthüllungen bis zur Ausweisung des Hauptmanns von Papen nicht allzuviel greifbares Material gegen die deutschen Umtriebe besaß.

Später bis ins kleinste Detail über die deutschen Spionage- und Sabotageakte unterrichtet

war. Die Erklärung hierfür ist einfach. Die amerikanische Regierung konnte sich hierfür bei Herrn von Papen bedanken, der in unverständlichem Leichtsinne in seinen Koffern wichtigste Geheimdokumente, seine Schachbücher mit genauen Angaben über die Zahlungen an „gewisse Personen“ und anderes Material mit sich führte und diese hochbedeutenden Unterlagen bei einer Unternehmung auf hoher See in die Hände der Engländer fallen ließ. Er fiel für diese grandiose Tat bei Wilhelm II. sogar noch die Treppe hinauf und zwar mit dem Erfolg, daß er

als Generalstabsoffizier in Palästina nochmals bei einem plötzlichen Rückzuge wichtigstes Geheimmaterial über die Sabotageakte in den Vereinigten Staaten „verlor“, anstatt es zu vernichten. Für den Generalstab der Entente bildeten diese Dokumente, die sofort den Weg nach Washington antraten, eine wahre Fundgrube.

Der Eindruck, den die Enthüllungen über die Tätigkeit der Organisation von Papen in den Vereinigten Staaten machten, war für das deutsche Ansehen vernichtend und hat damals nicht wieder gutzumachenden Schaden angerichtet. Daß dieser Mann, der dem deutschen Ansehen in dem neutralen Amerika den denkbar schlechtesten Dienst während des Weltkrieges erwiesen hat, in schwerster Zeit zum politischen Führer Deutschlands berufen ist, kann jeden wahrhaften Freund des deutschen Volkes nur mit schwerster Beforgnis erfüllen.

Militärattaché von Papen

Eine amerikanische Bilanz

Als am Mittwochmorgen die Nachricht durch die Blätter ging, daß der Reichspräsident Herrn von Papen zum Nachfolger Brünings ernannt habe, rief sich der deutsche Zeitungsleser erkümmert die Augen: Was ist denn das? Eigentlich nur in politischen Kreisen Deutschlands war der neue Kanzler bekannt als ehemaliger Militärattaché in Washington, als rechtsgerichteter Eigenbrötler der Zentrumspartei und als Herr im Hause der „Germania“, der die wichtigsten Redaktionsposten mit Männern seines Vertrauens besetzte. Für den Mann von der Straße war er ein völlig unbekanntes Blatt.

Anders klang die Nachricht von dem neuen deutschen Kanzler in den Ohren des Auslandes. Herr von Papen kann sich rühmen, während des Krieges

neben dem ehemaligen Kaiser der meistgenannte und bekannteste Deutsche in den Vereinigten Staaten

gewesen zu sein. Leider ist sein Name zu Deutschlands Unglück in den Vereinigten Staaten nur in einem Zusammenhang bekannt, der geeignet ist, alle häßlichen Erinnerungen an die unselige Zeit des Weltkrieges im amerikanischen Volke wieder wachzurufen.

Die Rechtspresse bemüht sich, ihren Lesern von der Tätigkeit des neuen Kanzlers während der ersten beiden Kriegsjahre in Washington möglichst wenig oder gar nichts zu sagen. Die Regierungsstellen in der Wilhelmstraße sind zugleich emsig damit beschäftigt, aus dem Blätterwald der Weltpresse einige wenige Kommentare herauszuzupfen, deren Urteil über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers nicht gerade brünstig ablehnend ist. So versucht man, dem deutschen Volk eine Auslandsstimmung vorzutauschen, die der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt.

Um ihre Verlegenheit über die unerwartet scharfe Sprache der europäischen und amerikanischen Weltpresse zu verbergen, versuchen die Blätter der Rechten es mit dem bekannten Dreh, „Befreiung von Stimmungsmunition“. Die Linke wirft dem Ausland die Wälle zu“ so kann man bei Hugenberg und der reaktionären schwerindustriellen Presse lesen. Die republikanischen Blätter in Deutschland sind es also, die durch wahrheitsgetreue Berichte über die Aufnahme des neuen Kanzlers in der Welt „Stimmungsmunition“ für das Ausland liefern. Ganz wilde Männer auf der Rechten verzeihen sich sogar zu der Behauptung, daß auf diese Weise „Amerika eine feindselige Haltung gegen den neuen Kanzler geradezu aufgezwungen werde.“

Sind diese Lügen, die nur noch auf das Stichwort „Dolchstoß“ warten, auch zu dumm, um uns zu treffen, so bleiben die Methoden der regierungsfreundlichen Presse um nichts verwerflicher. Durch ein System von Lügen und Entstellungen will man dem deutschen Volk so lange ein verzerrtes Weltbild vorkaukeln, bis es wieder ein böses Erwachen gibt. Welchen traurigen Ruhm Herr von Papen in Amerika genießt, zeigt

eine Artikelserie „Deutsche Spione“ in der weitverbreiteten Zeitschrift „Liberty“.

die im Frühjahr 1931 (!), also vor einem Jahr, erschien. Mit tagesbuchartiger Genauigkeit wird in dieser Abhandlung das deutsche Spionage- und Sabotagesystem geschildert, das die kaiserliche Regierung noch in der Zeit der amerikanischen Neutralität, also in der ersten Hälfte des Weltkrieges, in dem Lande des Sternenhimmels aufgezogen hatte. Immer wieder taucht der Name des damaligen Militärattachés des Hauptmanns von Papen auf, dem vorgeworfen wird, das Haupt dieser Spionage- und Sabotageorganisation gewesen zu sein.

Im Januar 1915 bereits begannen unerklärliche Explosionen in Munitionsfabriken, die Deutschlands Kriegsgegner mit Waffen und Munition versorgten, die amerikanische Öffentlichkeit zu beunruhigen.

Von diesem Zeitpunkt ab versorgte keine Bombe in der nicht Granatekapitel in die Luft Hagen, Munitionsketteln in Brand

gerieten, Brücken- und Eisenbahnbrücken sowie Schiffs-Explosionen stattfanden.

Der amerikanischen Öffentlichkeit, die damals noch keineswegs durchweg deutschfeindlich eingestellt war, aber am Kriegsgeschäft verdienen wollte, bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Man beschuldigte



Herr von Papen.

So erscheint der neue Reichskanzler heute in der englischen Presse — Erinnerung an seine Kriegstaten!

ganz offen in amtlichen amerikanischen Kreisen den deutschen Militärattaché Hauptmann von Papen und den Marineattaché Kapitän Bog-Ed, die beide der deutschen Volkspartei zugeteilt waren, Leiter dieser Sabotageakte zu sein. Als die Regierung in Washington genügend Material beisammen hatte, forderte Wilson am 4. Dezember 1915 die Abberufung dieser beiden militärischen Diplomaten, die, wie es in der Erklärung des amerikanischen Außenministers heißt, „wegen ihrer Verbindungen mit Anarchisten und ungesetzlichen Handlungen gewisser Personen der Regierung der Vereinigten Staaten nicht mehr genehm“ seien.

Man fragt sich erstaunt, wie die amerikanische Regierung, die

Gegen Nazi-Lügen!

Wer die Vorgänge in den letzten Wahlkämpfen aufmerksam verfolgt hat, mußte feststellen, daß die Lügenpropaganda der Nationalsozialisten auf den Straßen und Plätzen, auf öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gasthäusern oder wo sich sonst auch Menschen versammeln, ins Grenzenlose getrieben war. Dieser Lügenpropaganda müssen wir entgegenwirken, wenn wir den politischen Terror und Mord bekämpfen wollen. Denn erst die Lüge gibt den Nationalsozialisten den Boden, „erfolgreich“ wirksam zu werden.

Gegen Nazi-Terror!

Daß die Nationalsozialisten für die zurückliegenden Gewalttaten aller Art verantwortlich sind, steht heute schon vor der Geschichte einwandfrei fest. Ihre Lügen sind die Sägen der Hakenkreuz- und Legenberger-Mörder, ihre Gewaltmethoden sind die Methoden jener Menschen, die die Attentate und Morde zu verantworten haben, die in den Jahren 1918 bis 1924 geschahen. Es muß dem Volke eingehämmert werden, daß nie in Deutschland so viele Gewalttaten erfolgt sind wie in dem letzten Jahrzehnt, in jenem Jahrzehnt, in dem die deutsche Arbeiterklasse Opfer über Opfer brachte, um den Bestand des Reiches zu retten und wahrhaft nationale Taten vollbrachte, die von den nationalsozialistischen Redensarten eines Hitler in Wirklichkeit nicht übertraffen werden können. So lange die modernen Arbeiterorganisationen in Opposition zum Staate standen, hat es nicht ein einziges Verbrechen gegeben, wie sie die Anhänger der nationalen Opposition nun schon seit vielen Jahren immer wieder begangen haben. Das müssen wir dem Volke im Wahlkampf einhämmern!

Die volksfeindliche Adelsregierung ist das Werk Hitlers! Fort damit!

Satenkreuz und Freiherrnkrone.

Die Adelsregierung des Herrenklubs.

Das Volk hat die neue Regierung „das Kabinett der Barone“ gekauft. Warum, sagt die folgende Liste:

- Reichskanzler: Franz von Papen;
- Reichsminister des Innern: Freiherr von Gayl;
- Reichsaußenminister: Freiherr von Neurath;
- Reichsfinanzminister: Graf Schwerin von Krosigk;
- Reichswehrminister: Generalleutnant von Schleicher;
- Reichsjustizminister: Dr. Görtner;
- Reichswirtschaftsminister: Professor Dr. Warmbold;
- Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Freiherr von Braun;
- Reichspost- und Reichsverkehrsminister: Freiherr von Elb-Räbenau.

Von neun Ministern sind nicht weniger als sieben adelig. Auf Justiz und Wirtschaft sind mit zwei bürgerlichen Konzeptionschülern befehlt, die natürlich ihren Geburtsfehler durch strammes Gesinnung zu verdecken bemüht sind.

Der entscheidende Faktor beim Sturz Brünings und bei der Bildung der neuen Regierung war der Berliner hochfeudale Herrenklub. Eine Gesellschaft hochkonservativer Adeltiger, die zur Schwerindustrie intime Beziehungen unterhält, hat sich der Regierung der deutschen Republik bemächtigt.

Und dies geschah im Einverständnis mit — Adolf Hitler, dem Führer der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei!

Sithilfe der Wapenheimer

Die Barone retten bankrotte Ostelbier — Was ist mit den Siedlungsversprechungen der Nazis?

Mit der Regierung Brüning ist das große Siedlungsprojekt im Osten zusammengefallen. Mehr als 100.000 Hektar sind nur noch die Erinnerung an große Worte, die man einstmalig gerade in Kreisen der Nationalsozialisten und der Nationalsozialisten hörte. Mit welcher Energie wurde nicht die Siedlung gefördert? Die menschenleeren Räume müßten bebaut werden, um das Land zu verteidigen. Es müßten Hunderttausende von Bauern im Osten angesiedelt werden, um Ostdeutschland nicht zu unverteidigter und unrentabler Heide und Kiefernwald werden zu lassen. Was ist geblieben? Eine neue Subvention für die bankrotte Großlandwirtschaft. Schlimmes Erwachen aus Siedlungssträumen!

Es war kein Zufall, daß man den Reichspräsidenten, als der Sturz der Regierung Brüning in Szene gesetzt werden sollte, auf sein ostpreussisches Gut Neudorf in Urlaub schickte. Hier meldeten sich alle Freunde und Bekannte und klagten — gegen den Siedlungssozialismus der Regierung Brüning. Zu gleicher Zeit erhob sich der Sturm in der Reichsweite gegen das Brüning'sche Siedlungsprogramm. Volksweltung hieß es hier, Volksweltung dort.

Wie sieht es nun mit dem belagerten Siedlungssozialismus?

Da alle Umsiedlungsmaßnahmen, die Kriesenunterstützungen, die den Großgrundbesitzern zu Lasten der gesamten deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren zuzuschießen, nicht verhindern konnten, daß die ostelbischen Junker hoffnungslos verschuldeten und seit langem nicht mehr sanierungsfähig sind, entschloß sich das Kabinett Brüning zu einer raschen Liquidierung der bankrotten Betriebe. Der Ostminister sollte das Recht erhalten, zu einem Preis, der dem Wert der ersten Hypothek entspricht, die bankrotten Güter in der Zwangsversteigerung aufzukaufen. Das Reich hätte sich zu verpflichten, mindestens die erste Hypothek zu übernehmen, die, soweit sie 50 Prozent des Einheitswertes übersteigt, durch leistungswirksame Schuldverschreibungen abzulösen war. Dadurch sollte der Kreditverkehr sichergestellt werden. Diese Sicherung war zugunsten der unter großagrarischem Einfluß stehenden Landwirtschaftsbanken gedacht, die schon seit Jahren vom Reich subventioniert werden. So werden z. B. die Pfandbriefbanken bei diesen Landwirtschaftsbanken aus Reichsmitteln bezahlt, wenn die großagrarisches Versteher nicht zahlen. Ohne diese Reichshilfe wären die feudalen Landwirtschaftsbanken schon längst gezwungen gewesen, Zwangsversteigerungen in größerem Umfang vorzunehmen.

Nun war das Reich schon bereit, die oben erwähnte Garantie für die erste Hypothek zu übernehmen. Aber man beschränkte, daß die Landwirtschaftsbanken und die großagrarisches Schuldner sich verpflichten würden, um die Zwangsversteigerungen hinauszuschieben. Deshalb hat das Reich der entsprechenden Notverordnung die Vorfrist beigefügt, daß das Reich von sich aus, also gegen den Willen der Gläubiger, überschuldete Betriebe zur Zwangsversteigerung bringen konnte.

Hier hatten die Großagrarien und ihre politischen Agenten ein. Sie erklärten, es sei keiner Volksweltung, wenn man einem Gläubiger verweigern wolle, einen ihm verschuldeten Betrieb selbst in der Zwangsversteigerung zu kaufen. Von den nur allzu berechtigten Befürchtungen des Reiches wurde mit keiner Silbe gesprochen, obwohl der Schwindel, der die Befürchtungen des Reiches hervorrief, schon seit langem betrieben wird. So bringt zum Beispiel die ostpreussische Landwirtschaftsbank schon seit Jahren alle Güter, wo sie eine Hypothek an gesicherter Stelle hat, zur Versteigerung und läßt alle anderen Forderungen ausfallen. Die ausfallenden Gläubiger werden glattweg enteignet und betrogen. Die bankrotten Großbesitzer behalten ihre Güter. Sie werden auf Kosten der Betrogenen und Geschädigten saniert.

Das soll nun Regierungspolitik werden

Der Schwindel, den man bisher in Ostpreußen getrieben hat, soll Richtschnur der neuen Ostpolitik sein. Was dabei herauskommt, läßt sich denken. Die Wapenheimer wissen nur allzu gut, was sie wollen. Die neue Regierung hilft es für richtig, in Zeit schlimmster Not die übrige deutsche Wirtschaft unerträglich zu belasten, um Großagrarien ihre Güter zu erhalten, die sie, wie sie ja zur Genüge zeigten, nicht bewirtschaften können und von denen ihnen weder Ruh, noch Nagel, mehr gehört. Das ist die berühmte Bestehhaltung, mit der man das Kabinett Brüning in Neudorf beim Reichspräsidenten erledigt hat.

Es muß leider gesagt werden, die Regierung Brüning hat den Wapenheimern ihr Spiel sehr leicht gemacht. Durch eine Fülle von Fehlern in ihren Siedlungsprojekten. Diese Fehler, auf die die Sozialdemokraten von Anfang an hingewiesen haben, bestanden in einer Ueberhäufung der Siedlungsmaßnahmen im Osten überhaupt. Was haben wir nicht alles gehört! Das anfallende Land sollte restlos in kleine Siedlungen aufgeteilt werden. Das ist alles schön und gut. Aber man betrachtet damit die Siedlung nur vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt. Man kam nicht darüber ins Klare, wie die neuen Siedler, die man im Osten anlegen wollte, überhaupt leben konnten. Bestenfalls, soweit die Rechte die neuen Siedler nicht wegschöpfen hätte, wäre ein sozial und politisch gefährliches Siedlerproletariat entstanden. Das war die Klippe des Brüning'schen Siedlungsprojektes und die Sachkenntnis, wozu auch der jetzige Reichsinnenminister Freiherr von Gaal gehört, hatten es beim Reichspräsidenten leicht, die Pläne der Regierung Brüning als utopisch und bolschewistisch abzuturnen.

Man kann der Regierung Brüning zugutehalten, daß sie unter Druck der nationalsozialistischen Agitation gehandelt hat. Die Nationalsozialisten waren es ja, die mit Siedlungsprojekten die Dörfer, besonders die zweiten Bauernhöfe, verdrängt machten, ohne zu sagen, wie diese Siedlungspläne verwirklicht werden könnten. Das Kabinett Brüning hat Verantwortung auf dem Siedlungsgebiete mit der praktischen Wirklichkeit vereinbaren wollen. Es wollte wirklich siedeln. Dabei ließ dieses Kabinett gegen die Großagrarien — und brach sich dabei den Hals. Geführt wurde die Regierung Brüning, die siedeln wollte, durch ein Kabinett, das von den Nationalsozialisten beherrscht wird, die erst den ganzen Siedlungsrummel arrangiert haben.

Siehe liegen die Dinge so, daß der neuen Regierung, daß den Wapenheimern, an einer Vereinfachung der ostelbischen Verhältnisse, die nur durch Ausmerzungen aller hoffnungslos überschuldeten Betriebe und ihre Umwandlung in andere, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Betriebsformen erfolgen kann, nichts zu sagen ist. Die von den Nationalsozialisten tolerierten Bauernhöfe haben nur das Ziel, die bankrotten Großbesitzer behälter auf ihrer Klischee zu halten. Des wies Geld, viel Subventionen kosten. Und zahlen wird neben dem Arbeiter auch der weite, jüdische, nord- und mitteldeutsche Bauer, die auf die Siedlungsversprechungen der Nazis reingefallen sind.

Die Arbeitsinvalidentagung in Breslau

beginnt am Sonntag

In Breslau tritt am Sonntag der 5. Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden zusammen. Der Verband ist mit weit mehr als 300.000 Mitgliedern die führende Organisation aller Renten- und Fürsorgeunterstützungsempfänger.

Der Tagung dieser starken Organisation, die seit ihrem Bestehen die Interessen der Sozialrentner stets wirksam vertreten hat, kommt gerade jetzt besondere Bedeutung zu. Die Regierung von Wapen hat ja in ihrer Antrittserklärung unverblümt zum Ausdruck gebracht, daß sie den härtesten Abbau der Sozialpolitik vornehmen werde. Diese Kampfanzeige an das Millionenheer der Hilfsbedürftigen in Deutschland dürfte auf dem Verbandstag ein scharfes Echo auslösen.

Den sozialpolitischen Bericht erstattet der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Karsten. Reichstagsabgeordneter Heimig spricht über „Wirtschaftsnot und Sozialversicherung“ und Ministerialrat Dr. Maier-Dresden über „Finanznot der Gemeinden und die öffentliche Fürsorge“.

Die Eröffnung der Tagung wird in ihrem Hauptteil

durch den Rundfunk von Königsmusterhausen und der schlesischen Sendergruppe übertragen. Die Uebertragung beginnt 10,45 Uhr vormittags.

Die Wapenheimer restaurieren das Reichsarbeitsministerium

Wer ihnen un bequem ist, muß hinweg!

Im Reichsarbeitsministerium wollen die Schatzmacher aufräumen. So bringt der Eugenbergsche „Deutsche Schnellbrief“ eine Meldung, aus der klar hervorgeht, daß nun auch die Ministerialdirektoren Weigert und Griesler aus dem Ministerium verdrängt werden sollen. Weigert ist der Hauptreferent für die Arbeitslosenversicherung und Griesler für die Sozialversicherung. Sicherlich sollen aber die geplanten Personaländerungen nicht auf diese beiden Herren und den Staatssekretär Geib, der seinen Abschied erbeten hat, beschränkt bleiben. Man möchte mit allem aufräumen, was im Laufe der letzten zehn Jahre von Brauns, Wiffell und Stegerwald im Reichsarbeitsministerium aufgebaut worden ist. Man will die Träger dieses Aufbaus ausmerzen, um so das Arbeitsministerium und damit auch die deutsche Sozialpolitik von innen heraus auszuhöhlen und reif zu machen für den Abbruch.

Unbefriedigende Entlastung des schlesischen Arbeitsmarktes

In der zweiten Waihälfte nur 10000 Erwerbslose weniger 419987 Menschen ohne Beschäftigung

Das Landesarbeitsamt Schlessen meldet:

In der zweiten Hälfte des Monats Mai hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes in Schlessen in annähernd gleichem Umfange wie in der ersten Monatshälfte, damit aber in geringerem Umfange als zur gleichen Zeit des Vorjahres, fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist insgesamt von 429.989 auf 419.987 (315.420 in Nieder-, 104.567 in Oberschlessen), also um 9952 zurückgegangen. Von den am 31. Mai gemeldeten Arbeitsuchenden waren 410.689, also rund 98%, arbeitslos.

Nach den hinsichtlich der Wohlfahrtsunterstützten allerdings nur erst als vorläufiges Zahlungsergebnis anzusehenden Feststellungen standen Ende Mai 340.746, das sind rund 83 Prozent aller Arbeitslosen, in Unterstützung, und zwar waren 77.125 Arbeitslosen, 101.426 Kriegen- und 162.195 als Erwerbslose Wohlfahrtsunterstützte. Prozentual entfielen also 22,7 auf Arbeitslosen-, 29,6 auf Kriegen- und 47,7 auf Wohlfahrtsunterstützte. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützten zusammen hat sich in der Berichtszeit um 12.091 (Arbeitslosenunterstützte 8216, Kriegenunterstützte 3875), während des Monats Mai insgesamt um 29.741 (Arbeitslosenunterstützte 2192, Kriegenunterstützte 8451) vermindert, die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten ist im Monat Mai um rund 8400 gestiegen (Abnahme der arbeitslosen Arbeitsuchenden im Mai 21.885).

Ende Mai 1931 betrug die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden 320.064 (238.882 in Nieder-, 81.182 in Oberschlessen). Sie war also um 99.948 niedriger als die entsprechende diesjährige Zahl. Die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger (Arbeitslosen-, Kriegen-, Wohlfahrtsunterstützten) betrug Ende Mai 1931 261.982, das sind rund 83 Prozent aller arbeitslosen Arbeitsuchenden (307.965). Davon entfielen 123.725 oder 46,9 Prozent auf Arbeitslosenunterstützte, 55.156 oder 21,1 Prozent auf Kriegenunterstützte und 83.101 oder 32 Prozent auf Wohlfahrtsunterstützte.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes während der Berichtszeit entfällt wieder vorwiegend auf die Außenberufsgruppen. Insgesamt zeigt sich aber auch hier gerade im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage eine der Jahreszeit entsprechend nur verhältnismäßig beschränkte Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes. Auch die Mehrzahl der anderen Berufsgruppen weist einen Rückgang der Arbeitsuchendenzahlen auf. Eine nicht unbedeutende Zunahme zeigt das Bekleidungs- und Textilgewerbe (wesentlich saisonmäßig bedingt, Wiederarbeitslosmeldungen nach Pfingsten). Zu erwähnen sind im übrigen Zunahmen im Spinnstoffgewerbe, für männliche Arbeitsuchende im Bergbau, für weibliche Arbeitsuchende in der Zellstoff- und Papierindustrie und bei den kaufmännischen Angestellten.

In den Arbeitsamtsbezirken Breslau und Hindenburg hat sich die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden während der Berichtszeit erhöht. (Metallindustrie, Baugewerbe; Breslau: Bekleidungs-, Hindenburg: Bergbau). Im Bezirk Grünberg ist die Gesamtzahl fast unverändert geblieben, in allen anderen Bezirken ist eine Abnahme zu verzeichnen.

So schaffen sie Arbeit und Brot

Nazi-Ludewirtschaft in Klageform

Was die Nationalsozialisten unter Staatsgleich verstehen — Soziale Ausgaben und Ausgaben für Arbeitsbeschaffung werden gestrichen

Die Nazis haben vor den Wahlen versprochen, daß unter ihrer Herrschaft alles anders werde. Wie das gemeint ist, zeigt sich jetzt in Braunschweig, wo der Hitlerjüngling Klages unumschränkt regiert. Klages hat seinen Etat ausgeglichen. Damit renomieren die Nazis im ganzen Reich. Sie sagen nur nicht, wie der braunschweigische Etat ausgeglichen wurde. Nämlich auf Kosten der Gemeinden. Der schlimmste Fehler der Regierung Brüning, die immer auf den Ausgleich des Reichsetats bedacht war und die Gemeinden in eine böse Finanzlemme jagte, ist in Braunschweig wiederholt worden. Nur viel schwerer und brutaler.

Das zeigt sich zum Beispiel im Haushaltsplan des Kreises Wolfenbüttel, wo die Nazis jetzt das Ruder in der Hand haben. Der Etat weist Einnahmen in Höhe von 2.066 Millionen Mark aber Ausgaben im Betrage von 2.282 Millionen Mark auf.

Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von rund 1.215 Millionen Mark. Die Nazis haben nicht gesagt, wie sie den Fehlbetrag decken wollen. Sie werden es auch nicht wissen. Und dabei ist anzunehmen, daß das Defizit weiter steigt.

Andererseits haben die Nazis im Kreise Wolfenbüttel die sozialen Ausgaben und die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung so ziemlich restlos gestrichen.

Als die Sozialdemokratie im Kreise Wolfenbüttel bestimmte drückte die Arbeitslosigkeit auch schon. Bereits damals erwuchsen ungeheure Lasten für die Erwerbslosenfürsorge. Aber die Sozialdemokratie hat haushälterisch gewirtschaftet und den Etat in Ordnung gehalten. Ein Defizit, wie es jetzt die Nazis aufweisen, gab es bei den Sozis nicht. Sie konnten vielmehr noch große Beiträge für die Sportverbände und für Beziehungen zu den Verbänden zur Verfügung stellen. Das fällt in dem Nazi-Etat fort. Die Nazis haben auch die Mittel für Wegneubauten gestrichen. Anstatt Arbeiter im Wegneubau zu beschäftigen, schickt die Nazi-Regierung die Arbeiter auf den Bauhöfen, die sich im Braunschweigischen jetzt unerhört mehren, werden notwendig mit Schotter versetzt. Ein Sinnbild für die Nazi-Regierung, die so viel versprochen hat und nichts hält.

Das Grundwasser steigt

Bedrohliche Erscheinungen in der norddeutschen Tiefebene. Ganze Dörfer müssen geräumt werden

Nicht weit von Schwerin an der Warthe steigt, abwärts von Eichenhahn und Autostrafen, ein verstedtes Tal. Wo man hinsieht, ist die Umgebung verflumpft, ein kleiner See schimmert schon von weitem in der Mitte.

Die kleine Gemeinde, deren sieben Gehöfte bereits im Wasser faulen, heißt Pechlüge. Ein Name, der das Mißgeschick des Fleckens anzukündigen scheint.

In Zeiten des Aberglaubens wäre man von der Sündhaftigkeit der Bewohner überzeugt gewesen. Heute holt man die Geologen zur Untersuchung. Und diese stellen fest: es ist Grundwasser, das hier langsam, unheimlich aus der Tiefe ans Tageslicht gestiegen ist.

Aber das Schlimmste: die kleine Katastrophe, die sich hier abgepielt hat, ist keine Einzelercheinung. Denn seit einer Reihe von Jahren bemerkt man an vielen Stellen Norddeutschlands ein Steigen des Grundwassers.

Der Skandal um Devaheim

Im Devaheim beschäftigte man sich in den weiteren Verhandlungen weiterhin mit der Zuteilung der Spargelder. Dieses Kapitel der Devaheim-Wirtschaft ist besonders dunkel. Die Anklage erhebt den Vorwurf, daß die

Zuteilung von Spargeldern

nicht ordnungsgemäß erfolgt sei, sondern in zahlreichen Fällen Zuteilungen an Personen vorgenommen wurden, die noch keinen Darlehensanspruch hatten, wobei man sich fingierter Verträge bedient haben soll.

Der Zeuge Ratzke gab zunächst eine Darstellung der recht komplizierten Zuteilungsarithmetik und schilderte, daß die Zuteilung auf Grund einer Schlüsselzahl erfolgte, die sich aus der Einzahlungssumme und der Zeit berechnete, und die durch Zuschlagspunkte auf Grund des Lebensalters und der Kinderzahl des Späters erhöht wurde.

ein fingierter Bauvertrag

abgeschlossen, in der Weise, daß ein alter Sparvertrag für einen Rittergutsbesitzer Jastrow auf das Bankhaus Hennings übertrahen wurde, ohne daß das Bankhaus davon Kenntnis hatte. Auf diesen Sparvertrag erfolgte eine Auszahlung für den Kauf des Grundstücks Kondiowlat, und es blieben noch 100 000 Mark als Guthaben übrig.

Der Zeuge Hauptmann a. D. de Lanotte, der früherer Geschäftsführender Direktor der Devaheim, teste dem Gericht aber ein Gutachten eines berühmten Sachverständigen vor, das den Wert der Kiezgrube auf über 1 Million taxierte.

und vor einer Aufstufung sei er von Pastor Süllkrug

an vielen tausend Beobachtungspunkten der norddeutschen Tiefebene Messungen des Grundwassers vorgenommen, um das ganze Ausmaß des Anstieges genau festzustellen.

In erster Linie sind natürlich niedrig gelegene Ortschaften von der Erscheinung betroffen; merkwürdigerweise aber auch vereinzelt Hochflächen. In der Nähe von Pechlüge ist die Gemeinde Raza teilweise unter Wasser gesetzt und mußte gleichfalls verlassen werden.

Glücklicherweise wirkt sich das Steigen des Grundwassers nicht überall so schwer aus. Aber selbst bei Berlin, in Birkenwerder, sind in den Wäldern schwere Verflumpungserscheinungen aufgetreten, und sogar in Grunewald bei Berlin will man zwischen dem Grunewaldsee und der Krümmen Lanke Ähnliches bemerkt haben.

Woher kommt das Steigen des Grundwassers? Die Geologen geben verschiedene Gründe an. Einestheils: Wir befinden uns „auf schwankendem Boden“, die Erdkruste ist häufigen Verschiebungen unterworfen. Man hat — durch Bergelände mit festen Punkten im Gebirge — festgestellt, daß sich der Boden in gewissen Küstengebieten und Binnenlandsländern Deutschlands gegenwärtig senkt.

Eine der Hauptursachen kann man wohl in der seit siebzehn Jahren ständig steigenden Menge der jährlichen Niederschläge sehen. Solche Zunahme an Regenfällen hat man immer in Perioden von 35 bis 40 Jahren beobachtet. Und wenn wir auch diesmal einen außerordentlich niederschlagsarmen Winter und ein eben solches Frühjahr hinter uns haben, so steigt das Grundwasser stellenweise doch noch immer weiter, weil die im Boden stehenden großen Wassermengen aus früheren Jahren nur sehr langsam abfließen.

Einen bedenklichen Einfluß auf die Höhe des Wasserstandes hat auch die Veränderung des Baumbestandes, sei sie durch Injektionsstraß oder Kahlschläge hervorgerufen. Denn Bäume saugen mit ihren Wurzeln einen großen Teil des Regens auf und verdunsten ihn durch ihr Laub- und Nadelkleid, senden daher den Grundwasserspiegel im Waldgebiet. Das fällt in abgeholzten Gebieten jetzt weg. Der Regen wird von der niederen Vegetation nicht so stark verbraucht und vermehrt die Grundwassermenge.

Schutzmaßnahmen? Doch, die gäbe es schon. Da es sich meist nur um begrenzte Ueberschwemmungsgebiete handelt, könnte man zum Beispiel durch Gräben und Kanäle für rascheren Abfluß des Wassers sorgen. Oder man könnte unterirdische, wasserundurchlässige Tonstichten durchsetzen und so das Absinken des Grundwassers in tieferen Schichten ermöglichen. Aber, ob und was geschieht, ist — eine reine Geldfrage, und Geld ist heute bekanntlich rar bzw. für solche Arbeiten schwer flüssig zu machen.

vor Pastor Cremer und der Kamarilla beim Zentralausfluß für Innere Mission gewarnt worden. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Zeuge, der im Aufsichtsrat des Konzerns blieb, die Mitglieder des Zentralausflusses als eine Schutztruppe für Pastor D. Cremer. Pastor Cremer habe ihn auch als Aufsichtsratsmitglied abgehen wollen mit der Begründung, daß er, der Zeuge, einige Privatgespräche geführt und auf einem Geschäftsbogen der Devaheim einen Privatbrief geschrieben habe. Jppel habe alles benützt, um ihn, den Zeugen zu diskreditieren.

Betrügerischer Großhändler

Das Schnellschöffengericht in Berlin-Moabit verurteilte am Mittwoch den bekannten Papiergroßhändler Karl Scheidemann, der seinerzeit in Zürich verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert worden war, wegen fortgesetzten Betruges zum Teil in Tateinheit mit fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis. Scheidemann hatte, um von der Deutschen Bank Kredite zu erhalten, unter anderem mit fingierten Rechnungen gearbeitet.

Freitod

weil die Pension nicht gezahlt wurde

Der pensionierte Huzarenoffizier Heinrich Brandisch, ein Bruder des deutschen Staatssekretärs für Minderheitenwesen Rudolf Brandisch in dem rumänischen Kabinett Tadjda-Moiwod, hat sich eine Kugel in die Brust geschossen und ist schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft worden. Oberst Brandisch hatte seit vier Monaten seine Ruhebezüge nicht erhalten und war daher, wie alle rumänischen Pensionisten, mit seiner Frau und vier Kindern dem größten Elend preisgegeben.

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Notman



23. Ich pfiff mal mit den Zähnen und blidte umher. Ja, Jungens, da entdeckte ich ein Paar seine Krodenklingen! Mit viel Mühe mußte ich diese aufrecht zu kriegen, stellte sie schräg gegen den Giebel und jetzt konnte die Zitternase sich so heruntergleiten lassen.

24. Wir machten uns schleunigt aus dem Staube und führten weiter, bis wir ein gutes Stüd aus der Roggenstadt waren. Dort kamen wir vor ein riesengroßes Gitter, dahinter war ein Garten ein großer Menschen-Garten. „Schar!“ rief Zitternase. „da steht ein Puppenwagen, mit einer Puppe drein!“



Sicherheitsposten überfahren

Am Staatsbahnhof Bellevue in Berlin wurde der Aufsichtsbefehle Karl Neugebauer im Dienst auf den Gleisen der Fernbahn von einem Personenzug überfahren und sofort getötet. Neugebauer gab als Sicherheitsposten auf eine auf dem Bahnkörper arbeitende Kolonne acht, hatte jedoch dabei auf sich selbst nicht geachtet. Als der Zug heranbrauste, versuchte Neugebauer, im letzten Augenblick zur Seite zu springen. Es war jedoch bereits zu spät.

Schupp rettete ein Kind

Durch die Geistesgegenwart des Oberwachmeisters Burghardt vom 42. Berliner Polizeirevier wurde der zwölfjährige Schüler Erwin Grahlmann vor dem Ertrinkungstode bewahrt. Der Junge fiel beim Spielen auf einem Kran am Nordhafen in Berlin auf einen Steinvorsprung der Uferböschung. Hierbei brach er sich den rechten Arm und stürzte ins Wasser. Oberwachmeister B., der unweit der Unfallstelle gerade patrouillierte, eilte sofort hinzu und rettete das Kind.

Aus „großer Zeit“

In der Gegend von Bérornne (Nordfrankreich) sind auf den Schlachtfeldern in der letzten Zeit die Leichen von 255 deutschen und 26 französischen Soldaten gefunden worden. Die Leichen wurden in Massengräbern beigelegt.

Dampfer auf Grund geraten

Wie Clonds aus London meldet, ist, einem Junkspruch zufolge, der spanische Dampfer „Leide“ südlich der Insel Fernando Poo mit 800 Passagieren am Bord auf Grund geraten. Die Lage des Schiffes soll gefährdet sein; Hilfe ist unterwegs.

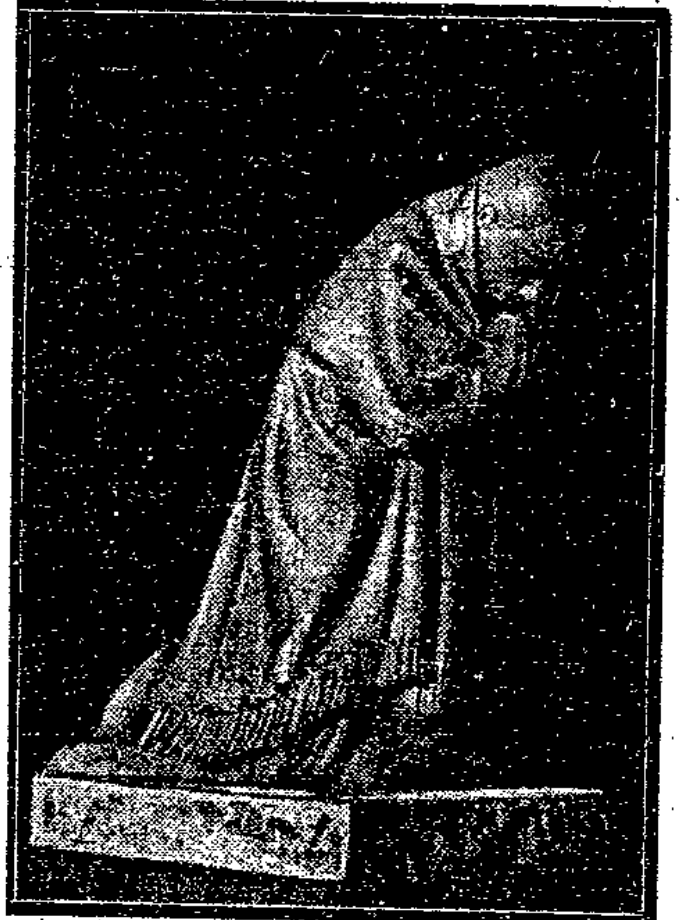
Wie Havas hierzu aus Barcelona berichtet, handelt es sich bei dem in Seenot befindlichen Dampfer „Leide“ um einen 4000-Tonnen-Dampfer, der den Verkehr zwischen der Insel Fernando Poo, Afrika und Spanien versah. Der Dampfer „Leide“ ist ein ehemals deutsches Schiff, das während des Krieges von der spanischen Regierung requiriert und kürzlich überholt worden war. Am Bord befanden sich 90 Mann Besatzung sowie 500 Koffer und eine Anzahl weißer Passagiere. Sie wurden sämtlich gerettet und am nachmittag von dem englischen Dampfer Lappan aus Liverpool am Bord genommen.

Ueberschwemmung in der Slowakei

Dieser Tage wurde die Gegend von S u t i n a in der Tschechoslowakei von einem schweren Sturmweiter heimgesucht, das von Hagelschlägen und Wellenbrüchen begleitet war. Binnen kurzem trat das fließende Wolinka über die Ufer und überschwemmte die ganze Umgebung. Am meisten wurden betroffen die Gemeinden Kutalovec, Pichne und Koline. In diesen Orten wurden Hausdächer demoliert, Brücken weggeschwemmt, Wirtschaftsgebäude weggeschwemmt usw. Viel Vieh kam in den Kluten um.

Die Menschen konnten in diesem Unwetter nur ihr nackte Leben in Sicherheit bringen. Das Hochwasser überslutete auch die eben fertiggestellte Bezirksstraße, die wie ein Klüßbett ausgewaschen ist. Auch in der Gegend von Humenne wüthete das Unwetter mit Wellenbruch und Hagelschlag. Stellenweise lagen die Hagelkörner 15 Zentimeter hoch. Die Ernte wurde namhaft beschädigt. Ein ähnlicher Hagelschlag wird auch aus anderen Gemeinden in der Slowakei gemeldet.

Für die Toten der holländischen Schlachten



In der Berliner Nationalgalerie werden gegenwärtig zwei Steinfiguren ausgestellt, die die Graphikerin Professor Käthe Kollwitz als Totenmal für den deutschen Gefallenensriedhof in Cassin bei Dirmuiden (Belgien) geschaffen hat. Die beiden Statuen sind in blau-grünem belgischem Granit ausgeführt und stellen die trauernden Eltern am Grabe des gefallenen Sohnes dar.